Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit".

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Ulrichstr. 27 Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 57573

Nr. 21 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld. | Halle, Mittwoch, den 26. Januar 1921 | Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pf., besonders Reklame im zweigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 5. Jahrgang.

Die Klassenjustiz im Reichstag.

Ein dunkles Kapitel — Abstimmungsformalitäten in Oberschlesien — Kommunistische Erfindung.

Das Elend der Arbeitslosen.

Berlin, 25. Januar. Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der Zeit vom 15. Dezember bis 1. Januar um 43 000 auf rund 409 000 gestiegen, und zwar hat die Zahl der männlichen sich von 292 000 auf 333 000, die der weiblichen von 74 000 auf 76 000 erhöht. Der besonderen Steigerung der männlichen Erwerbslosen entspricht die starke Zunahme der Familienangehörigen von 381 000 auf 454 000. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die unterstützten Erwerbslosen mit ihren Angehörigen nur einen Bruchteil der wirklich Erwerbslosen bilden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Erwerbslosen und ihrer mitbetroffenen Angehörigen das Doppelte der vorgenannten Ziffern überschreiten, wozu noch die sehr große Zahl der sogenannten „Kurzarbeiter" tritt. Wenn trotz der Arbeitsstreuung und trotz der Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, durch die mehr als 200 000 Arbeitern Beschäftigung verschafft worden ist, die Erwerbslosigkeit jetzt so gewaltig anschwillt, so zeigen sich damit nicht zuletzt die Folgen des Kohlenabkommens von Spa, dessen drosselnde Wirkungen auf die deutsche Industrie mehr und mehr in Erscheinung treten.

Die Konferenz in Paris.

Paris, 25. Januar. Ueber die heute vormittag gehabte erste Sitzung der Konferenz ist ein offizielles Communiqué ausgegeben worden, das besagt, man habe sich mit den Maßnahmen beschäftigt, die ergriffen werden sollen, um in kürzester Frist der ernsten Lage, in der Oesterreich sich befindet, begegnen zu können und um seine Wiederherstellung zu sichern. Die von den englischen, italienischen und französischen Finanzsachverständigen vorbereiteten Pläne sind geprüft worden, und es wurde schließlich beschlossen, eine kleine Kommission einzusetzen, der angehören für Frankreich Minister Loucheur, für England Sir Robert Horne, für Italien Giannini. Ihre Aufgabe besteht darin, die sofort zu ergreifenden Maßnahmen der Mächte zu studieren. Der Ausschuß hat bereits heute nachmittag seine erste Sitzung abgehalten und wird seine Arbeiten beschließen, so daß noch Entscheidungen vor Beendigung der Konferenz getroffen werden können.

Paris, 25. Januar. Wie der „Temps" mitteilt, haben die militärischen Sachverständigen, die sich mit der deutschen Entwaffnungsfrage beschäftigten, heute vormittag ihre erste Sitzung abgehalten.

Paris, 25. Jan. Der belgische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Jaspar, läßt durch die Radio-Agentur dementieren, daß er wie eine Vormittags-Zeitung behauptet habe, in der Entwaffnungsfrage sich dem englischen Standpunkt nähere. Im Gegenteil, er habe sich dem französischen Standpunkt angeschlossen. Die Belgier konnten in der Entwaffnungsfrage keine andere Ansicht vertreten als die französische, da sie unter derselben Drohung lebten und den gleichen Gefahren ausgesetzt seien.

Paris, 25. Jan. Der amtliche Bericht über die heutige Nachmittagssitzung der Pariser Konferenz lautet: Die Konferenz hat beschlossen, in allernächster Zeit in London eine Konferenz alliierter Delegierter einzuberufen, an der Vertreter von Griechenland und der Türkei teilnehmen sollen, um zu einer Regelung der Orientfrage zu gelangen.

Der internationale Bergarbeiterbund zur Weltlage im Kohlenbergbau.

London, 25. Januar. In der heutigen Schlußsitzung des Vollzugsausschusses des Internationalen Bergarbeiterbundes wurde die Lage der Kohlenindustrie Deutschlands erörtert und eine Entschließung angenommen, in der eine internationale Aktion gefordert wird, um die Kohlenversorgung mit der Nachfrage in Europa in nähere Beziehung zu bringen. Die Bergarbeiter aller Länder werden aufgefordert, die Ueberschüsse abzuschaffen. Der Ausschuß beschloß die Entschließung unverzüglich der augenblicklich in Paris tagenden Konferenz der Häuptlinge der alliierten Regierungen zu übermitteln.

Keine Angriffsabsichten Sowjetrußlands.

Eine amtliche Kundgebung aus Moskau tritt den in Westeuropa verbreiteten Gerüchten von russischen Angriffsabsichten für das nächste Frühjahr entgegen. Sie entbehren jeder Grundlage und die Ausstreuungen seien nur ein Deckmantel für neue Verschwörungen und eine der internationalen Gegenrevolution. Die russische Regierung habe die estnische, lettische und rumänische Regierung offiziell benachrichtigt, daß Rußland keinerlei Absicht eines Angriffes auf diese Länder hat. Die russische Friedensdelegation in Riga habe der polnischen Delegation zu verstehen gegeben, daß Rußland Frieden wünsche und keine kriegerischen Absichten gegen Polen hege. Trotz vieler Herausforderungen verfolge Rußland gegen Georgien eine Politik des Friedens. Die ganze Politik Sowjetrußlands sei von dem Wunsche nach Frieden und nach friedlicher Arbeit durchdrungen.

Der Untergang Petersburgs.

Riga, 22. Januar. (WTB.) Tschitscherin hat die freie Ausfahrt der in Petersburg auf Befehl der Sowjetregierung festgehaltenen lettischen Schiffe verfügt.

Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt jetzt 250 000 Einwohner habe. Der Mangel an Lebensmitteln ist viel größer als in Moskau. Von St. Petersburg abreisende Privatpersonen sind verpflichtet Geiseln als Sicherheit für ihre Rückkehr zu stellen. Aber nichtsdestoweniger nimmt die Zahl der Bevölkerung in St. Petersburg schnell ab.

Verwandte Seelen finden sich . . .

Das Blatt Max Maurenbrechers, die „Deutsche Zeitung", bringt Klara Zetkin für ihre Montag-Rede im Reichstag stürmische Huldigungen. Sein parlamentarischer Stimmungsbildner stammelt dazu in nationalbolschewistisch-expressionistischer Verzücktheit:

Praktisch: Schutz- und Trutzbündnis mit Rußland. Gefährlich soll das sein? Krieg mit der Entente bedeuten? „Ach, meine Herren, wir wollen doch keine pazifistischen Ohnmachtsanfälle kriegen!" Ganz meine Meinung. „Auch der heftigste Ententemilitarismus muß lassen, was er nicht lassen kann." Wundervoll, ganz wundervoll! Wenn ich eine naturgeschichtliche Unmöglichkeit nicht scheute, würde ich sagen: Klara Zetkin war gestern mein Mann.

Max Maurenbrecher und Klara Zetkin waren einmal Mitglieder ein und derselben Partei. Nun ist er durch Kriegspsychose ganz nach rechts, sie ganz nach links gerutscht — aber siehe da, sie finden sich wieder, er, der Deutschnationale, und sie, die Kommunistin! Mit ernster Politik hat dieses Fliehen und Haschen wenig zu tun, aber für ein Lustspiel liefert es einen ganz reizenden Stoff.

Auslandspolitik im Hauptausschuß des Reichstages.

Abg. Müller-Franken (Soz.) verwies auf den Mangel an tüchtigen, auf die außenpolitischen Konstellationen eingestellten Diplomaten. Abg. Schreiber (Ztr.) pflichtete ihm bei und bemerkte, daß wir von der Taktik der Franzosen noch viel lernen können. Nur die Deutschnationalen wollen wieder eine „starke" Auslandspolitik zur Verwirklichung bringen, allen voran ihr Fanatiker Schulz-Bromberg. — Gegen gewisse Dinge kämpfen ja die Götter selbst vergebens!

Reichsnotopfer und Einkommensteuergesetz.

Der Steuerausschuß des Reichstages berief am Dienstag die Novelle zum Reichsnotopfergesetz. Dabei kamen die volksparteilichen und deutschnationalen Vertreter wieder auf den sabotierenden Gedanken, die Veranlagung des Reichsnotopfers für die Landwirtschaft nach dem Ertrage 1912/14 anzuschlagen. Welche ungeheure soziale Ungerechtigkeit darin liegt, die so kostbaren Grundstücke nach ihrem damaligen Werte herauszuziehen, liegt auf der Hand. Der Hauptredner der Reaktionäre war natürlich wieder Helfferich, der überall da auftritt, wo es die „Moral" (übersetze: Rückschritt) zu verfechten gilt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; aber es gilt dem Volke die Augen zu öffnen, daß es einsieht, wie sehr uns die „nationalen" Parteien in ihrer „volksfreundlichen" Haltung verraten. — Ganz gut so, ihr Reaktionäre! Entpuppt Euch nur in Eurer ganzen liberalen und konservativen Rückwärtserei. Das kann unsere Stimmen am 20. Februar nur vermehren.

Die Landtagswahl in Lippe.

Detmold, 25. Januar. Das noch ausstehende Mandat zum lippischen Landtag haben die Mehrheitssozialisten bekommen, so daß diese Partei acht Mandate gegen elf im alten lippischen Landtag besitzt.

Nach den jetzt vorliegenden Nachrichten erhielten Stimmen die Sozialdemokraten 26 059 (23 263), die Unabhängigen 2277 (6795), die Kommunisten 3565 (—). Für die Demokraten wurden 9450 (8657), für die Deutsche Volkspartei 15 892 (14 937), für die Deutschnationalen 18 396 (18 001) und für die Liste der Christlichen Gewerkschaften 4961 (—) Zettel abgegeben. Die eingeklammerten Ziffern enthalten das Ergebnis bei den Reichstagswahlen. An Mandaten werden die Sozialdemokraten 8, die Unabhängigen 0, die Kommunisten 1, die Demokraten 2, die Volksparteiler 4, die Deutschnationalen 5 und die Christlichen Gewerkschaftler 1 erhalten. Ueber die Regierungsbildung ist zurzeit noch nichts bekannt. Der Stimmenzuwachs unsrer Genossen um dreitausend Stimmen ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß es für die Sozialdemokratie auch in Lippe-Detmold aufwärts geht. Die Unabhängigen erlitten einen Verlust von mehr als 4500 Stimmen.

Zur Pariser Konferenz.

Der Engländer Keynes hat in seinem berühmten Buch über die Verhandlungen von Versailles die Rat- und Gewissenlosigkeit geschildert, mit der von sogen. Sachverständigen über die gewaltigsten Wirtschaftsfragen der Welt entschieden wurde. Seitdem sind zwei Jahre verflossen, ohne daß man behaupten kann, daß sich die Zustände auf diesem Gebiet wesentlich gebessert hätten. Die Pariser Konferenz der Entente-Staatsmänner hat da ein sehr bezeichnendes Vorspiel erlebt, das man für einfach unmöglich halten müßte, wenn es nicht aktenkundige Tatsache wäre. Nämlich, es steht noch nicht einmal fest, wie hoch die Leistungen, die Deutschland bisher auf die Wiedergutmachung vollbracht hat, bewertet werden sollen.

Die deutsche Regierung hat kürzlich eine Zusammenstellung vom Deutschen Reich bisher getätigten Lieferungen, die auf seine Wiederherstellungsverpflichtungen anzurechnen sind, herausgegeben. In einem Heft von 46 Seiten werden da tabellarisch sämtliche Leistungen aufgeführt und die Summen, mit denen sie auf deutscher Seite gebucht worden sind, wiedergegeben. Es ergibt sich dabei eine Gesamtsumme von rund 21 Milliarden Goldmark.

Nun kommt die Reparationskommission mit einem Bericht über die Lieferungen Deutschlands bis zum Jahresende 1920 heraus, der zeitlich weiter zu gehen scheint als der deutsche Bericht, denn die Summe der Kohlenlieferungen wird hier auf 17,8 Millionen Tonnen, im deutschen Bericht nur auf 13,1 Millionen Tonnen angegeben. Umgekehrt gibt der deutsche Bericht die Zahl der abgelieferten Tiere auf 415 900 Stück an, der Ententebericht nur auf 360 000. Lokomotiven sind nach dem deutschen Bericht 5016 abgeliefert, nach dem Ententebericht nur 4571. Dagegen sind nach dem Ententebericht ungefähr um 600 Tonnen mehr Farbstoffe geliefert worden als nach dem deutschen Bericht. Die Reparationskommission erklärt übrigens selbst, daß sie mit ihrem Bericht noch nicht recht fertig ist. Für den größten Teil der Lieferungen seien Schätzungen vorgenommen worden, da aber einige Hauptfragen noch nicht gelöst seien, habe man an Hand verschiedener Unterlagen verschiedene Zahlen aufgestellt, zwischen denen später gewählt werden müsse! Auf alle Fälle legt aber die Reparationskommission (obwohl die Bücher ganz offenbar nicht stimmen und alle festen Zahlen fehlen!) schon jetzt Wert darauf, festzustellen, daß die deutsche Schätzungssumme von 21 Milliarden Goldmark den wirklichen Wert der bisherigen deutschen Leistungen weit übersteige.

Man sollte, wie gesagt, diese Geschichte für unmöglich halten, sie ist aber, so märchenhaft sie auch klingt, weltgeschichtliche Tatsache. Wenn in einem Betrieb aus der Abteilung A in die Abteilung B irgend ein Stück Halbfabrikat abgeliefert wird, um weiter verarbeitet zu werden, so wird dieses Stück selbstverständlich gebucht und die Abteilung B wird von der Abteilung A mit dem Wert des abgelieferten Stückes belastet. In diesem Fall aber sind Werte von Milliarden und Abermilliarden von Deutschland an die Entente geliefert worden, ohne daß einwandfreie Klarheit darüber besteht, wieviel geliefert worden ist und zu welchem Preise es dem Lieferanten berechnet, d. h. auf sein Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben wird. Bei der größten weltwirtschaftlichen Transaktion, die jemals vorgenommen worden ist, herrscht eine Schlamperei, die in einem Papiergeschäft mittleren Umfangs keine 14 Tage lang geduldet werden dürfte.

Man kann sagen, daß die zukünftigen Fragen der Wiedergutmachung mit der gleichen Sorglosigkeit behandelt werden. Der Vorschlag, Deutschland zunächst für die kommenden fünf Jahre 3 Milliarden Goldmark jährlich aufzubrummen, die Festsetzung der Gesamtverpflichtung aber für später aufzuschieben, entspringt auch nur der vollständigen Ratlosigkeit der Alliierten, die einfach nicht imstande sind, sich eine wirtschaftlich zureichende Vorstellung davon zu machen, was man von Deutschland ernstlich im Ganzen verlangen kann. Keine Berücksichtigung fand bisher der von deutscher Seite gemachte Einwand, daß auch die Leistungsfähigkeit Deutschlands in den nächsten fünf Jahren nicht festgestellt werden könne, ohne die Lösung verschiedener Vorfragen, so des Schicksals Oberschlesiens, die Liquidation deutschen Eigentums im Ausland, der Gewährung einer gewissen Handelstonnage, der wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Nur in der Frage der Besatzungskosten sind die deutschen Sachverständigen bisher auf einiges Verständnis gestoßen.

Es ist klar, daß auf die Dauer auf diese Weise nicht weiter gewirtschaftet werden kann. Die wichtigsten Fragen der Weltwirtschaft werden zum Spielball rein politischer Erwägungen gemacht, und die Wirtschaft, von Dilettanten mißhandelt, bleibt der leidende Teil. Die Folgen davon spürt man nicht nur in Deutschland, sondern kaum weniger auch in den Siegerländern. In England gibt es mit den Angehörigen zusammen 4 Millionen Arbeitslose.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210126-19/fragment/page=0001

in den Vereinigten Staaten werden 2 Millionen 235 Tausend Arbeitslose gezählt, in der ganzen Welt stöhnt man so sehr unter den Folgen der ökonomischen Krise, daß Herrn Briand in seinen Phantasien die deutschen Zustände nach als Eldorado erscheinen. Den Ausweg aus dieser Situation wird man aber nicht finden durch vermehrte Brutalität Deutschlands gegenüber, sondern nur durch Rückkehr zu vernünftigen wirtschaftlichen Denken. Wenn von dieser Erkenntnis ein Strahl in die Pariser Konferenz dränge, so wäre das wenigstens ein Anfang zur Besserung.

Die Abstimmungsformalitäten in Oberschlesien.

Beuthen, 24. Januar. Die Regierungskommission in Oppeln hat folgende für die Abstimmung wichtige Entscheidung getroffen, die den beiden Vertretern des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats mitgeteilt und sie ermächtigt, die Bestimmungen zu veröffentlichen:

1. Alle Stimmberechtigte der Kategorie B (gebürtige, aber nicht ansässige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuß eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmliste eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post gegen Rückschein.

2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage nicht peinlich genau, sondern entgegenkommend sein. Es soll ausreichen, wenn durch die Schreibweise der Klang des Namens wiedergegeben wird.

3. In dem Antrage auf Eintragung in die Stimmliste (Kategorie B, Anlage 1 der Vorschriften) ist unter Nr. 15 anzugeben das Datum, an dem der Stimmberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verließ. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genauere Angabe nicht möglich ist.

4. Der Servis du Plebiszits ist damit einverstanden, daß die Eintragungen der Abstimmungslisten durch die Organisation des deutschen und des polnischen Plebiszitkommissariats den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

Deutscher Reichstag.

Der Fall Erzberger. — Justizelend und Justizreform.

In der Dienstagsitzung beschäftigte sich der Reichstag zunächst mit der Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers, die vom Oberstaatsanwalt des Landgerichts I Berlin wegen Verletzung der Eidespflicht verlangt wird. Der Berichterstatter Dr. Kahl (D. Vpt.) empfahl namens des Ausschusses die Freigabe der Strafverfolgung. Alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Unabhängigen sprachen sich dafür aus. Das Vorgehen der Kommunisten bedeutet einen Bruch ihrer im Ausschuß gegebenen Erklärung. Darauf nahm die Beratung über den Haushalt des Reichsjustizministeriums ihren Fortgang, zu der der Minister Dr. Heinze selbst langatmig das Wort ergriff. Obwohl der Minister die „Höhe" der heutigen Justiz lobte, konnte er doch nicht leugnen, daß öfter Fehlsprüche vorkommen. Seine Ausführungen konnten die Amnestie für die Kappverbrecher absolut nicht rechtfertigen und ebenso wenig kann seine Entschuldigung für das langsame Arbeiten der Rechtsmaschine gegen die Kriegsverbrecher befriedigen. Es ist doch unerhört, daß hier drei Arbeiter vom Gericht herausgegriffen und verurteilt worden sind, während gegen die Hauptschuldigen noch immer kein Verfahren eingeleitet worden ist. In seinen übrigen Ausführungen empfahl der Minister eine durchgreifende Reform des heutigen Rechtes. Nach Heinze bestieg unser Genosse, der Kieler Völkerrechtslehrer Dr. Radbruch, die Rednertribüne. Er stellte fest, daß eine maßlose Erbitterung über die Rechtsprechung im Volke herrsche und ihr das größte Mißtrauen entgegengebracht werde. Und wohl mit Recht. Denn bei politischen Prozessen wird gegen rechts und gegen links mit zweierlei Maß gemessen. Schwere Beleidigungen gegen das Reichsoberhaupt und seine Gemahlin werden mit geringer Geldstrafe bestraft. Wenn dagegen ein Prinz Heinrich von Reuß, der XXXVII. seines Geschlechts sich beleidigt fühlt, so muß natürlich der „Attentäter" auf drei Monate ins Gefängnis wandern. Oder man zeiht einem General einer Lüge und muß dafür 1000 Mark zahlen, wogegen man die Ehre der Frau des Präsidenten Ebert schon für 500 Mark in den Schmutz ziehen darf. Der Mord an Jogiches, an Derbach, an Landauer und vielen andern schreit nach Sühne. Doch selbst, wenn man die Mörder fassen würde, würde es dann nicht genau so gehen, wie im Marburger Zeitfreiwilligen-Prozesse, wo die Thaler Mordbuben freigesprochen wurden? Die Justizreform muß durchgreifend sein, wenn das Volk wieder Vertrauen zur Justiz gewinnen soll. Nach Radbruch sprach für das Zentrum der Vizepräsident des Reichstags, Dr. Bell, der mit Recht in der Justizfrage eine Lebensfrage des deutschen Volkes erkannte. Seine übrigen Ausführungen wirkten völlig und unbedeutend. Doch das beste kam zuletzt. Der Apostel der Klassenjustiz, der deutschnationale Heros aus Sachsen, Barth, ergoß sich in widerlichen Beschimpfungen der sozialistischen Parteien. Es ist klar, daß er im Namen seiner Kollegen den Richterstand verteidigte, aber auch die mörderischen Studenten von Marburg fanden in ihm ihren Beschützer. Auf seine Rede näher einzugehen, lohnt sich nicht. — Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch. Die weitere Justizdebatte verspricht ganz lebhaft zu werden. Gehört doch auf einen harten Klotz ein grober Keil.

•

Abg. Radbruch (Soz.): Auf unsere Fragen über die fehlerhafte Rechtsprechung hat der Reichsjustizminister zwei ständige Antworten: Schwebt das Verfahren noch, so erklärt er, in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen zu können, und ist ein Urteil gefällt, so behauptet er wieder, an einem richterlichen Urteil seine Kritik üben zu können. Ueber die Rechtsprechung geht eine tiefe Erbitterung durchs Volk; tiefstes Mißtrauen wird ihr entgegengebracht. Doch Rechtsprechung ohne Vertrauen ist ein Unding. Zwar in der Ziviljustiz sind Klagen über die Rechtsprechung aus unseren Kreisen selten, denn vor den ordentlichen Zivilgerichten spielen sich nur interne Dinge ab. Unsere Klagen richten sich in der Hauptsache gegen die Strafjustiz. Im Strafrichter sehen die richterlichen Kreise nur einen Richter zweiter Güte und es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß man dem Prozeß um Geld und Gut mehr Bedeutung zulegt, als dem um Leben und Freiheit. Die Klagen gegen die Strafjustiz erstrecken sich auf fast alle Fälle, wo der Prozeß soziale und politische Dinge berührt. Die Strafen für politische Beleidigungen werden mit weiterlei Maß gemessen. Die Wucher- und Preistreibereigesetze führen zu einem unglaublichen Unrechtszustand. Der Fall Birnbäcker und der Fall Rosenthal-Dresden sind Beispiele hierfür. Man sollte doch endlich lernen, daß man mit Abschreckungsstrafen solcher Zeiterscheinungen nicht Herr wird, sondern daß man angemessene Strafen braucht, die auch wirklich in jedem Falle durchgeführt werden. Das Amnestiegesetz sollte eine Entspannung der Lage bringen, brachte aber nur weitere Spannungen. Unserer Meinung nach erstreckt sich der Begriff „Urheber und Führer" in diesem Erlaß nicht nur auf die höchsten Führer, sondern auch auf die Scharen. Nun kommt aber das Reichsgericht und amnestiert alle, die es in die Hände bekommt. Ueber die Amnestierung Lettow-Vorbeck, des Oberpräsidenten Lindemann und des Admirals von Levetzow hat sich wohl die Rechte selbst gewundert. Wir haben mit wachsender Besorgnis gesehen, daß ein ganzes Jahr hindurch keine Kriegsverbrecher zur Aburteilung kamen. Als das Ausland ungeduldig wurde, erfolgte im Januar eine einzelne ganz belanglose Verurteilung. Der Fall Vogel, ist durch das Kammergericht einer befriedigenden Lösung zugeführt worden. Hoffentlich wird dies auch beim Fall Keisel geschehen. Während politische Verbrecher von Rechts, die im Mittelpunkt der Ereignisse standen, plötzlich keine Führer mehr sind, werden ganz unbekannte und unbedeutende Leute von links zu Führern befördert und nicht amnestiert. Es wird nichts übrig bleiben, als eine allgemeine und vollständige Amnestie zu erlassen, um die Folgen dieser einseitigen Handhabung aufzuheben. Macht es Ihnen (nach rechts) keinen Eindruck, wenn ich Ihnen die Liste all dieser ungesühnten Mordtaten vortrage? Die Morde an Liebknecht, Rosa Luxemburg? (Zuruf rechts: Was geht uns das an?) — Ja, das geht Sie alle an, die Mörder von Jogiches, Dornbach, Landauer, die Starnberger Mörder, die Mörder der katholischen Gesellen in München, der Vorwärtsparlamentäre, der 29 Matrosen in der Französischen Straße, der Lojewski und Genossen, Schottländers in Breslau, Pasches, die Mörder Jahnkes und der Soldat Esser in Osnabrück — sie alle sind nicht verurteilt. Waren das alles nur unglückliche Mißverständnisse? Können Sie (zur Rechten) irgendeine Gegenrechnung aufmachen? Wenn im Prozeß der Marburger Studenten die Freisprechung infolge Mangels an Beweisen stattfinden mußte, was sagen Sie dann zu dem Artikel der „Deutschen Zeitung", der mit den Worten endigt: „Hoffentlich werden dem Vaterlande die braven Marburger Studenten auch ferner so gute Dienste erweisen." (Lebhafte Pfuirufe auf der ganzen Linken, große Unruhe rechts.) Drei Lehren gibt uns der Marburger Fall: Wir müssen erstens neue Bestimmungen über Waffengebrauch fordern, zum zweiten müssen die Angehörigen von unschuldig Getöteten in dem Verfahren als Nebenkläger zugelassen werden, und drittens bedarf die Zusammensetzung der Geschworenen und Schöffengerichte einer gründlichen Nachprüfung. In all den angeführten Fällen hat kein Arbeiter auf der Geschworenenbank gesessen! Wie bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten, den einzigen, die das Vertrauen des Volkes genießen, muß auch hier die Verhältniswahl durch kommunale Körperschaften eingeführt werden. Ich habe bei diesen Anklagen gegen die Justiz jedes starke Wort vermieden, weil ich Sie zwingen möchte, sich nicht über Schlagworte, sondern über Tatsachen zu äußern. Die Justiz bedarf einer gründlichen Verjüngung. (Redner macht dann längere Ausführungen über die Reform der juristischen Vorbildung.) Das volkswirtschaftliche Studium muß mit dem juristischen zu einer Einheit verbunden werden. Den Juristen muß Gelegenheit gegeben werden, das öffentliche Leben kennen zu lernen z. B. durch Arbeiten auf Arbeitersekretariaten. Auch die Zulassung der Frauen, die von der Reichsverfassung garantiert ist, muß endlich durchgeführt werden. Auch dürfen die Lehrer nicht mehr von der Tätigkeit als Schöffen und Geschworene zurückgehalten werden. Das Verständnis des Volkes für die Justiz wird am Besten durch Unterricht in der Staatsbürgerkunde in den Schulen gefördert. Der neue Entwurf eines Strafgesetzbuches bringt große Fortschritte, warum ist die Reform des Strafvollzuges im Reichsrat stecken geblieben? Auch sie müßte baldigst vorgelegt werden. Das Militärstrafrecht ebenso wie das Beamtengesetz hat kein Recht auf Sonderexistenz mehr, sondern muß dem allgemeinen Gesetz eingegliedert werden. Strafprozeße und Strafvollzug müssen einheitlich reformiert werden. Besondere Wichtigkeit beansprucht die neue rechtliche Stellung der unehelichen Kinder, das Ehescheidungsrecht und die Gleichstellung der Ehegatten. Dem Justizministerium fehlt es nicht an Gründlichkeit, wohl aber an Kühnheit. Der Justizminister ist von allen Beamten seines Ministeriums noch der fortschrittlichste. Es gehört freilich zu einer wirklichen Reform auch ein Parlament, das nicht nur kritisiert und agitiert, sondern schöpferisch mitarbeitet. Nur aus solchem Zusammenarbeiten kann eine Justizreform kommen, zu der das Volk Vertrauen hat. (Lebhafter Beifall links.)

Ein dunkles Kapitel.

Bernstein setzt seine Enthüllungen fort.

Wir hatten vor einigen Tagen aus einem längeren Artikel des Gen. Bernstein mitgeteilt, wie nur mit der direkten Unterstützung durch das kaiserliche Regime in Deutschland Lenin in Rußland an das Ruder kommen konnte. „Die Rote Fahne" hatte auf Grund dieses Artikels den Gen. Bernstein einige schöne Titel, wie „altes Waschweib" usw., angehängt. Sie hatte von ihm verlangt, er solle seine Behauptungen beweisen, sonst würde ihm durch die Kommunisten jedes Auftreten in der Oeffentlichkeit unmöglich gemacht. Gen. Bernstein hat nun in einem Nachwort zu einem zweiten Artikel zu den Angriffen der „Roten Fahne" Stellung genommen. Er schreibt:

„Meine Erwiderung kann sehr kurz sein. Sie ist durch den Schluß meines zitierten Artikels deutlich genug angezeigt. Er lautete:

„Auch im Hinblick auf das, was die Internationale war und heute sein könnte, ist zu fordern, daß in das Dunkel des Vorganges von 1917 gründlich hineingeleuchtet werde."

Aber nur keine Umwege. Wie ich noch stets zu meinem Worte gestanden habe, so selbstverständlich auch in diesem Falle. Nun bin indes doch ich als der Verfasser des Artikels zunächst haftbar für das in ihm Behauptete, und ich bin durchaus bereit, vor Gericht es zu vertreten. Die „Rote Fahne" hat also nicht nötig, ihre Lärm- und Knüppelgarden gegen mich in Bewegung zu setzen. Erhebe sie Klage gegen mich oder veranlasse sie einen legalen Vertreter Lenins es zu tun, sie kann sicher sein, daß ich mein Bestes dafür einsetzen werde, alle Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich einer erschöpfenden Untersuchung des Falles in den Weg stellen sollten."

Nun kann die „Rote Fahne", wie das Kommunisten stets tun, wenn es unangenehm für sie werden könnte, sich wieder hinter der „Bürgerlichkeit" der Gerichte verstecken. Das ist ja das Praktischste. — Interessant sind noch folgende Mitteilungen Bernsteins aus seinem zweiten Artikel:

„Anfang September 1914 waren eines Tages Karl Kautsky und ich bei Hugo Haase zu Besuch. Wir konnten Haase nicht gleich sprechen, ein Vertreter des Marineamts hatte ihn, der damals noch Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion war und für diese am 4. August die bekannte Erklärung über die Kriegskredite verlesen hatte, in seinem Bureau aufgesucht. Erst nachdem der Herr gegangen war, trat Haase ins Wohnzimmer, und lachend erzählte er uns: „Er hat zuletzt noch gefragt, ob wir ihm nicht Adressen von Anarchisten im Kaukasus verschaffen können." Ich war naiv genug, entrüstet zu bemerken: „Die können einem die letzten Gewissensskrupel aus der Seele treiben." Seitdem habe ich hinzugelernt, daß, was ich für eine Methode vergangener Zeitalter hielt, für die Militaristen seine volle Legitimität bewahrt hat. Auf der Gegenseite war man in dem Artikel ja auch nicht schüchtern, nur scheint man die Meisterschaft des deutschen Generalstabes auf diesem Gebiete nicht erreicht zu haben."

Das Stefesit-Haus.

Roman von Béla Bacsó.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

(17. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Karl stützte sich in die Arbeit, und da er fühlte, er müsse nun auch für die Frau kämpfen, stachelte er seinen trägen Willen auf, bereitete sich für die Prüfungen vor. Er glaubte, er liebe dieses kranke Mädchen sehr, das ihn mit tränenumflorten Augen anschaute, und aus dessen bebender Stimme ihm so viel Dank und Liebe entgegentönte. Das Mädchen sank oft an Karls Brust und sagte mit krankhafter Traurigkeit:

„Meinem verbitterten Leben ist erst ein wenig Glück zuteil geworden, seitdem du mein lieber Mann bist. Und es schmerzt mich sehr, wenn ich daran denke, daß ich dich bald verlassen muß, denn ich werde bald sterben. Und da schmerzt es mich sehr, daß ich die schönsten Jahre meines Lebens in tugendhafter Anständigkeit verbracht habe."

Wenn Karl diese oder ähnliche Aussprüche hörte, dachte er daran, er müßte diesem armen, kranken Mädchen, seinem ersten Weib, das ihm seines Wertes wegen liebt, für die wenigen Jahre, das es noch zu leben hat, sehr viele Freuden bereiten.

In den nächsten Tagen brachte er für Valeria sehr feine Speisen und starke Weine heim. Er benahm sich wie ein gütiges, großes Kind. Und brachte, obschon er selbst der betreuenden mütterlichen Liebe einer edeln Seele benötigt hätte, dem lungenkranken Schneidermädchen so viel Liebe entgegen, wie diese bloß einer Seele zu entströmen vermag, die das ganze Leben hindurch ein Stiefkind des Schicksals gewesen.

Doch konnte diese krankhafte Liebe nicht lange währen. Denn die immer mehr verfallende Valeria schloß an einem Frühlingstag, da alles in milden Sonnenstrahlen badete, Laub und Blüten zu treiben begannen, für ewig die fieberglänzenden, kummervollen Augen. Karl, den dieses krankhafte Verhältnis sehr im Banne gehalten hatte, begleitete sein erstes Weib schmerzzerfleischt und mit verbitterter Seele auf den Friedhof. Heimgekommen, dachte er demütig und mit gelöptem Willen daran, es werde ihn nunmehr jede Freude fliehen, und sein folgendes Leben werde nur noch öde Gräue, eines langsamen Sterbens qualbelastete Unendlichkeit sein. Jegliches menschliche Bestreben, jeder Ehrgeiz waren in seiner verwaisten Seele erstarrt, und er dachte gleichgültig daran, sein Leben sei verfehlt und entwicklungsunfähig. Ihm war, als wären alle seine Gefühle von einem furchtbaren Schlaganfall gelähmt worden.

Eines Tages begegnete er im Tor des Stefesit-Hauses Stefan Gal, der sich ihm gegenüber sehr freundlich und wohlwollend zeigte, obwohl seine Schroffheit eine Zeitlang grenzenlos gewesen war. Der Lehrer bot ihm mit warmer Liebe seine Freundschaft an und sagte tröstend:

„Ihr junges Leben ist so häßlich wie das meine. Wir gehören zusammen . . . Uebersiedeln Sie zu mir. Wohnen wir zusammen. Es ist ja wahr, unser Leben wird auch so nicht schöner sein, doch werden wir uns einander wenigstens hin und wieder ein tröstendes Wort sagen können."

Karl übersiedelte noch am selben Tag in Stefan Gals Wohnung. Als sie am Abend in der in graue Dunkelheit gehüllten Stube zusammen am Tisch saßen, bemerkte Karl mit düsterer Stimme:

„Dies wird meine Armensünderzelle sein. Von hier führt der Weg nur noch einem Ziel entgegen . . . Und dies ist der Tod."

Stefan Gal sprach kein Wort, versuchte bloß sein eigenes dorniges Leben zu überdenken, sich jede traurige Situation seiner grausamen Erinnerungen, sein alles verbitterndes Unglück ins Gedächtnis zurückzurufen und dachte daran, es sei gar kein Wunder, wenn er nach einem so entsetzlich großen Schmerzhaufen vertrocknet, gealtert sei: reif geworden für den Tod. Doch schwieg er vor Karl über all dies. Sagte ihm nicht, daß er erst bei der ersten Station halte.

XIII.

Josef Jakob lernte im Stefesit-Haus viele qualvolle Lebensschicksale kennen. In der Seele bewegt, lauschte er den neueren und neuesten Fällen, die Mathilde mit schwermütigem Verstehen und Mitgefühl erzählte. Josef Jakob wurde bei diesen Erzählungen immer von aufrührerischen Gefühlen gequält. Durch der Trostlosigkeit, die Unmöglichkeit jeder Hilfe verbitterten seine Gedanken. Es schmerzte ihn dies Verderben, das niemand und nichts aufzuhalten versuchte. Er hatte das Gefühl, das Stefesit-Haus es anscheinend keine Tragödien sowie die grausamen und schwer treffenden Zufälle des unsinnigen Schicksals seien im kleinen eine Wiedergabe der großen Qualengeschichte des Lebens vieler Millionen armer Menschen. Mit schmerzlichem Herzen überdachte er jeden menschenunwürdigen Zustand der Sklavenschicksale, hin und wieder fiel ihm ein verbitterter Held einer Gorkinovelle ein, dann ein mit blutig geschlagenem Kopf zur Erde stürzender aufrührerischer Muschik, mit Wolfhunger umherirrende zerlumpte Bauern, italienische Carbonari, in öden Gegenden amerikanischer Bergwerke ein böses Leben der Qual führende fleißige Menschen, und er stellte mit weinender Seele fest, daß drei Viertel der Menschheit gleich einem gewaltigen großen Qualenring, gleich einem Leidäquator über dem Erdball liege.

Und er schaute wehmütig über Mathildes schönen Kopf hinweg. Das Mädchen schustete sich müde, nähte für die Fabrikmädchen billige Blusen. Oudile sah da, arbeitete rastlos, doch schienen es schwere Gedanken zu beschäftigen, denn es hielt oft versonnen in der Arbeit inne. Josef Jakob fand Mathilde seit einiger Zeit sehr geheimnisvoll. Das Mädchen sprach recht sonderbar.

„Es verlohnt sich nicht, anständig zu sein. Jenes andere Leben, von dem bloß mit Verachtung gesprochen zu werden pflegt, verursacht einem armen Mädchen mehr Freude und befriedigt mehr von seinen Wünschen. Werden doch die meisten schönen armen Mädchen Kassiererinnen und ausgehaltene Frauen. Die siechen und brustkranken aber werden Mütter dieser Kinder. Wissen Sie, daß auch der bloße Gedanke daran furchtbar ist?"

Josef Jakob lauschte zitternd, mit ängstlichem Gefühl Mathildens Worten, etwas wie eine verstohlen herbeischleichende Ahnung beunruhigte ihn. Diese Gedanken ließen ihn um Mathilde sehr besorgt sein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210126-19/fragment/page=0002

Die Gründe des deutschen Zusammenbruchs illustriert Bernstein noch durch folgende Reminiszenz:

„Wenn Deutschland eine Regierung gehabt hätte, die diesen Namen verdiente" — dieses Wort sollte sich jeder Deutsche merken. „Warum hatte es diese Regierung nicht? Ein Vorgang, der sich noch vor 1917 abspielte, mag es beleuchten. Eines Tages kam ein sehr hervorragender, Weltruf genießender Politiker eines mit Deutschland verbündeten Staates nach Berlin, um mit hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten über die Möglichkeiten einer diplomatischen Aktion für den Frieden zu verhandeln, zu der ihn von früher her bestehende Verbindungen mit Staatsmännern auf der Gegenseite als geeignet erscheinen ließen. Der Herr, den bei diesem Anlaß auch ich zu sprechen Gelegenheit hatte, fragte also nach den Friedensbedingungen, die er jenen in Aussicht stellen könne. Da ward ihm von einer Persönlichkeit, die noch zu den vernünftigsten in den oberen Regionen gehörte, ein Programm von Forderungen entwickelt, das ihn entsetzen machte. „Aber das ist kein Verständigungsprogramm, sondern das Diktat eines Siegers", wandte er ein, und was erhielt er zur Antwort: „Mit weniger kann Seine Majestät nicht vor das deutsche Volk treten."

Das gibt die Erklärung, warum das deutsche Volk verbluten mußte. Durch die ganze Vorgeschichte und Geschichte des Krieges zieht sich als unheilstiftender Faktor die Rücksicht auf die Mahnidee von dem besonderen Ehrenkodex „Seiner Majestät".

Kommunistische Erfindung.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts":

„Das Berliner Kommunistenorgan, die „Rote Fahne", bemüht sich eifrig, durch Wiedergabe von verdrehten und entstellten Versammlungsberichten aus dem Reich den indifferenten Anhang glauben zu machen, daß die übergroße Mehrheit der Arbeiter in der Tat „für die proletarische Einheitsfront" nach kommunistischem Muster im Sinne des offenen Briefes der VKPD. zu haben sei. In welcher Weise diese Stimmungsmache betrieben wird, lehrt ein Bericht aus Jena. Dort soll ein offizieller Vertreter der SPD. die sozialdemokratische Parteibureaukratie stark angegriffen und aufgefordert haben, gegen die Stellung der „zentralen Körperschaften Front zu machen". Unter anderem sagt der Bericht auch, daß sich die ganze Versammlung, die von 1800 SPD.-Leuten besucht gewesen sein soll, auf den Boden des Offenen Briefes der VKPD. stellte.

Es entspricht bekanntlich der Taktik der VKPD., auch durch Schwindel die Welt zu revolutionieren. Diese Methode ist allbekannt. Auch in der Jenaer Meldung liegt blanke Erfindung vor. Tatsächlich haben sowohl die Vertreter unserer Partei als auch die der USP., soweit sie überhaupt der gemeinschaftlichen Versammlung beiwohnten, scharf gegen die Kampfesweise und die Taktik der VKPD. Stellung genommen. Was die „Annahme" der Resolution anbelangt, die von der „Roten Fahne" freudestrahlend gemeldet wurde, so ist sie mit Leninscher „List und Schlauheit" vorgetäuscht worden. Die Versammlung in Jena dauerte bis nachts 1 Uhr. Als sich bei der vorgeschrittenen Zeit die Versammlungsteilnehmer anschickten, das Lokal zu verlassen und sich bereits von den Stühlen erhoben hatten, ersuchte der Versammlungsleiter, daß sich diejenigen, die sich für eine Resolution des Offenen Briefes der VKPD. erklären wollten, „von den Plätzen erheben" möchten. Da der größte Teil der Versammelten schon „stand", so konstatierte der Leiter der Versammlung die „Annahme" der Resolution. Daß diese Art der Abstimmung eine „Annahme" ergeben mußte, leuchtet jedem ein, der nicht das erstemal eine Versammlung besucht hat. Aber trotz dieser vorgetäuschten Annahme denkt unsere Jenaer Parteigenossenschaft nicht daran, sich auch nur im geringsten vor den bankerotten Parteikarren der VKPD. zu spannen.

Die „Rote Fahne" spricht übrigens von 3000 Teilnehmern jener Versammlung, wovon 1800 SPD. gewesen wären. Das Lokal faßt aber nur 1600 Personen!"

Das hallesche Kommunistenorgan drückte natürlich alle diese mit „List" und „Schlauheit" zurecht gemachten Nachrichten der „Roten Fahne" unverdrossen nach.

Das Nachspiel zum Münchener Polizeiskandal.

Freising (Oberbayern), 25. Januar. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung, begangen an dem ehemaligen Reichswehrsoldaten Dobner, wurden heute vom Schöffengericht Freising die beiden Studenten Schuster und Berghold und zwar wegen Körperverletzung zu je 1500 Mark Geldstrafe und wegen Bedrohung zu je 100 Mark Geldstrafe unter Annahme mildernder Umstände verurteilt. Dobner selbst wurde wegen Verdacht des fahrlässigen Falscheides in Haft genommen.

Material für den Wahlkampf.

Auf dem Beamtenfang.

Die Deutsche Volkspartei, die sich finanziell auf die Kreise der Großindustrie stützt, hat zu der Zahl dieser Kreise nicht das genügende Zutrauen, und so wirbt sie in den verschiedensten Denkschriften und Flugblättern um die Stimmen der Beamten. Ein solches Flugblatt liegt uns vor. Es beginnt mit den nur zutreffenden Worten: Die Not steigt! Mit dieser Feststellung müßte die Deutsche Volkspartei erkennen, daß ihre ganze Agitation lahmgelegt ist, weiß doch jedes Kind in Deutschland, daß die Not seit dem 6. Juni vorigen Jahres ununterbrochen gestiegen ist, d. h. also seit dem Tage, an dem die Sozialdemokratie sich aus der Regierung zurückzog und die Deutsche Volkspartei in ihr eine führende Stellung einnahm. Sehr richtig verweist das Flugblatt auf die stets wachsenden Kosten der Lebenshaltung, die alle Teuerungszulagen aufzehre und etwaige Ersparnisse aus der „guten alten Zeit vor dem Kriege" dahinschwinden lassen.

In jener guten alten Zeit führte die Deutsche Volkspartei bekanntlich den sie weit besser charakterisierenden Namen: die Nationalliberalen. Jeder wußte, daß es sich um Leute handelte, die sich zwar liberal gebärdeten, die aber — infolge ihres Zusammenhanges mit der Rüstungsindustrie — keine andere politische Betätigung als die im Dienst der Reaktion kannten. Diese selbe Rüstungsindustrie aber war es, die das ahnungslose und friedliche deutsche Volk in den Weltkrieg hetzte, und die Nachfolgerin der Nationalliberalen, die Deutsche Volkspartei, denkt nicht im Geringsten daran, diese für sie so kompromittierliche Vergangenheit abzuschütteln. Wenn diese Leute jetzt von ihrer Beamtenfreundlichkeit sprechen und hierbei einen Gegensatz zwischen Beamtenschaft und Sozialdemokratie konstruieren wollen, so ist zwar zuzugeben, daß von der Deutschen Volkspartei für die „höheren" Beamten mancherlei Vorteile herauskommen mögen. Daß die mittleren und unteren Beamten von ihr nichts Gutes zu erwarten haben, das dürfte die lange Zeit, in der sich die Volkspartei der Teilnahme an der Regierung erfreut, den Beamten zur Genüge bewiesen haben. Die Deutsche Volkspartei ist in innigem Zusammenhang mit ihrer etwas weiter rechtsstehenden Schwester, der Deutschnationalen „Volkspartei" innig bemüht, dem Besitz alle nur irgend denkbaren Lasten abzunehmen. Während bei Arbeitern und Beamten der Gehaltsabzug bis auf den letzten Pfennig genau vorgenommen wird, finden sich für die besitzenden Schichten des Volkes noch immer Mittel und Wege genug, um der peinlichen Steuerzahlung zu entgehen — dank der fürsorglichen „Mittelstandspolitik" der Stresemann und Helfferich. Die Beamten haben im Laufe der letzten Monate, insbesondere auf Grund der Reichstagsdebatten, hinreichend Gelegenheit gehabt, sich darüber zu informieren, in welchem Lager ihre Interessen am besten wahrgenommen werden, und sie werden sich durch so glatte Versprechungen der beamtenfeindlichen Volkspartei nicht dazu bestimmen lassen, bei den Landtagswahlen am 20. Februar einen anderen Stimmzettel als den der sozialdemokratischen Partei abzugeben.

Beamtenfreundlichkeit der bürgerlichen Parteien.

Von der Voraussetzung ausgehend, daß gerade die Beamten und Angestellten des Staates ein wesentliches Interesse an der demokratischen Umgestaltung hatten, da es ihnen unter dem alten Regime unmöglich war, frei ihre Meinung zu äußern, hat die neue Zeit den Beamten und Angestellten des Staates das Koalitionsrecht gebracht. Wir wissen, daß eine große Zahl von Beamten, namentlich die unteren und mittleren, den Gedanken der Revolution mit Begeisterung aufgegriffen haben. Sie haben sich dafür eingesetzt, daß ein neuer Geist in den Verwaltungskörper einziehe. Diese Beamten, die in diesem Sinne gewirkt haben, gilt es vor Maßregelung zu schützen. Wohl ist eine Verordnung der Regierung vom 16. Febr. 1919 und eine Ausführungsbestimmung des preußischen Justizministers vorhanden. Diese beziehen sich aber nur auf solche Vergehen, die vor dem 9. November 1918 begangen wurden. Nun sind der sozialdemokratischen Fraktion Fälle bekannt geworden, die mit der Staatsumwälzung in innerem Zusammenhang stehen. Es gilt, diese Beamten zu schützen. Das ist der Leitgedanke eines Gesetzentwurfes, der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht wurde.

Im § 1 bestimmt das Gesetz die Niederschlagung aller Disziplinarverfahren und Unterlichungen wegen solcher Dienstvergehen, die vom 9. November 1918 bis zum 9. Mai 1919 im Zusammenhang mit Kämpfen um die staatliche, soziale oder wirtschaftliche Umgestaltung begangen worden sind. Der § 2 fordert Erlaß aller bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes verhängten Disziplinarstrafen. Die folgenden Paragraphen beschäftigen sich mit der Niederschlagung der Verfahrens, im § 6 wird Löschung aller amtlichen Vermerke, einschließlich derjenigen, die in den Personalakten enthalten sind, gefordert. Dieses Gesetz wurde in der ersten Lesung dem Rechtsausschuß überwiesen. Dort wurde von unserem Redner geltend gemacht, daß diejenigen Beamten, die sich zum Träger der zum Siege gekommenen Staatsumwälzung gemacht haben und dabei mit den alten Gewalten zusammengestoßen sind, geschützt werden sollen, auch wenn sie sich vom Standpunkt des Beamtenrechts aus verfehlt haben. Dies erscheint innerlich um so mehr begründet, als das ganze Disziplinarverfahren, das auf diese Beamten Anwendung gefunden hat und noch findet, noch vollständig unverändert ist und als auch naturgemäß die erkennenden Disziplinarbehörden noch ganz in der alten Art besetzt sind. Mit Ausnahme eines Mitgliedes der Unabhängigen erklärten alle bürgerlichen Redner übereinstimmend, „daß sie ein Bedürfnis für das Gesetz verneinen müßten".

Die zweite und dritte Beratung dieses Gesetzes erfolgte am 19. Oktober 1920. Vergeblich machte unser Redner darauf aufmerksam, daß die bürgerlichen Vertreter im Ausschuß sich nicht einmal herbeiließen, in die Beratung der einzelnen Punkte des Gesetzes einzutreten. Das beweise, daß sie den Beamten wohl Versprechungen geben, aber sie niemals halten. Ferner sei zu verzeichnen, daß die Beamtenausschüsse noch keine gesetzliche Grundlage haben, ein Grund mehr, dem Gesetz zuzustimmen. Einige Vertreter der Demokraten und des Zentrums waren geneigt, das Gesetz nochmals an den Ausschuß zurückzuverweisen. Zu spät. Sie hatten sich im Ausschuß zu fest gefahren. Bei der Abstimmung waren es nur die Sozialdemokraten, die für das Gesetz stimmten. Alle bürgerlichen Vertreter, mit Einschluß der Demokraten und des Zentrums stimmten dagegen. So sieht in der Praxis die „Beamtenfreundlichkeit" der bürgerlichen Parteien aus.

Preußen und die Beamtenräte.

Das Preußische Staatsministerium hat sich nach der „Dena" in seiner Montagssitzung mit der Frage der Beamtenräte befaßt. Die Ansicht des Staatsministeriums geht dahin, daß unbedingt daran festgehalten werden muß, daß bei den einzelnen Behörden Beamtenvertretungen mit Befugnissen geschaffen werden, die etwa den Bestimmungen des vom Reichsministerium des Innern dem Reichsrat vorgelegten Gesetzentwurfes betr. Beamtenräte entsprechen. Die Frage, ob neben diesen Beamtenvertretungen noch besondere Beamtenvertretungen für den Umfang des Reichs und der Länder geschaffen werden sollen, wird ebenso wie die Einzelheiten der Bestimmungen des Entwurfs bei der Durchberatung des Reichsgesetzentwurfes zu erörtern sein.

Die Visitenkarte des Kommunisten.

Ueber den Schacher der Braunschweiger Kommunisten mit der Abdankungsurkunde des letzten Welfenherzogs kommen immer tollere Einzelheiten zutage. Jetzt meldet sich, nachdem die Kommunisten die ganze Geschichte bereits als Erfindung bezeichnet hatten, ein bekannter Welfe, der wohlhabende Graf von der Schulenburg-Hehlen, Hochgeboren, höchstpersönlich in der rechtsradikalen „Braunschweiger Landeszeitung" zum Wort und teilt mit, daß der Kommunist Sitzmann in der Tat vor vier Monaten zu ihm gekommen sei und sich mit einer blaugelben Visitenkarte bei ihm eingeführt habe. (Offenbar, um sich als waschechten Niedersachsen zu legitimieren! Blaugelb sind die Braunschweiger Landesfarben.) Sitzmann habe dann dem Grafen die Urkunde gezeigt und erzählt, daß ein Amerikaner bereits 300 000 Mark dafür geboten habe. Es sei aber doch besser, wenn die Urkunde in die Hände des Herzoghauses zurückgelange. Der Graf habe dann die Urkunde zwei Monate lang in seinem Geldschrank aufbewahrt und sie darauf dem Sitzmann zugleich mit einem Empfehlungsschreiben an den ehemaligen Staatsminister von Wolff zurückgegeben.

Wahlniederlage der russischen Kommunisten. Laut Petersburger „Prawda" haben die Kommunisten bei den Wahlen der Revisionssowjets in den Petersburger Fabriken und Werkstätten eine völlige Niederlage erlitten. So wurden zum Beispiel in drei Fabriken 77 Parteilose und nur 15 Kommunisten gewählt.

Ein Vorläufer des Sozialismus.

Zu Wilhelm Weitlings 50. Geburtstage.

In der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung darf man nicht an einem Manne vorbeigehen, der für uns deutsche Sozialdemokraten eine hohe Bedeutung hat. Wenn er auch an der wissenschaftlichen Größe eines Marx und Engels nicht heranreicht, so steht seine geschichtliche Bedeutung für die Erweckung des Proletariats zu seinem Befreiungskampfe kaum hinter die von Marx und Engels zurück. Dieser Mann war Wilhelm Weitling.

Wilhelm Weitling wurde am 5. Oktober 1808 in Magdeburg geboren. Er war das uneheliche Kind einer Dienstmagd. Sein Vater war ein französischer Offizier, der im Jahre 1812 bei dem großen Zuge Napoleons I. nach Rußland dort verschollen ist. Weitling hat das Andenken seines Vaters stets in Ehren gehalten und sogar einen seiner Söhne nach ihm benannt. Das ist ein äußeres Anzeichen dafür, daß das Verhältnis seiner Mutter zu seinem Vater kein oberflächliches gewesen ist. Waterlos ist Weitling aber aufgewachsen und mußte deshalb das ganze Elend eines unehelichen Kindes auskosten. Als er heranwuchs, wurde er Damenschneider und hat in seinem Handwerk tüchtiges geleistet. Soll er doch in seiner Wiener Glückszeit einen fabelhaften Lohn bis zu 70 Gulden verdient haben. Doch nicht den einzelnen, bunten Schicksalen seines äußeren Lebenslaufes sollen diese Zeilen gewidmet sein, sondern seiner Bedeutung für die kämpfende Arbeiterklasse. Den Anlaß dazu gibt uns die 50jährige Wiederkehr seines Todestages. Er starb am 25. Jan. 1871 in New York, ohne vorher einen Prozeß, den er wegen einer Erfindung mit dem Nähmaschinenfabrikanten Singer führte, beenden zu können. Seine Witwe bekam später auch keinen Pfennig dafür.

Während die drei großen Zeitgenossen Weitlings, die utopischen Sozialisten Owen, Fourier und St. Simon durch den Appell an die Humanität und an den guten Willen der besitzenden Klassen das neue Reich der Harmonie und Freiheit gründen wollten, erkennt der ehemalige Schneidergeselle frühzeitig die Kräfte, die in den breiten Massen des Volkes schlummern, erkennt er die Bedeutung des Klassenkampfes und begnügt sich nicht mehr mit einer Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft durch erleuchtetere Mitglieder derselben, sondern er wendet sich an die Proletarier, an den Arbeiter an den Unterdrückten selbst. Die Bedeutung der Revolution tritt bei Weitling zum ersten Mal mit voller Klarheit in die Erscheinung. In seiner ersten Schrift „Die Menschheit, wie sie ist und sein sollte" finden sich die Worte (cit. b. M. Adler, Studie).

„Alle Pläne der gesellschaftlichen Reform, die bisher geschrieben worden sind, sind Beweismittel der Möglichkeit und Notwendigkeit derselben; und je mehr Werke darüber geschrieben werden, desto mehr Beweise sprechen dafür zum Volke. Das beste Werk darüber werden wir aber wohl mit unserem Blute schreiben müssen."

Deutlicher heißt es in seinem Hauptwerk, den „Garantieren der Harmonie und Freiheit":

„Also kein Wortkram! Sondern es aufrichtig ausgesprochen: eine Revolution tut uns not. Ob diese nun durch die reine geistige Gewalt allein ausgekämpft werden wird, oder ob sich die rohe physische dazu gesellen wird, das müssen wir erst abwarten und jedenfalls auf beide Fälle uns vorbereiten."

Mit dieser Stellungnahme wird Weitling zum Verkünder des Klassenkampfes. Es fehlt in seinem Gebäude der wichtige Grundstock, der später durch die materialistische Geschichtsauffassung eingefügt wurde, und ihm das entscheidende Aussehen verlieh: die materialistische Geschichtsbetrachtung. Weitling erkennt noch nicht die Bedeutung der Oekonomie, und so fehlt seinem Kampf gegen das Eigentum die richtige Unterlage. Dennoch ist er in diesem Kampf unerbittlich:

„Die überwiegende Mehrzahl ist mit dem heutigen Zustand der Gesellschaft nicht zufrieden. Sie weiß wohl, daß es irgendwo fehlt, kann aber nicht sagen wo. So wollen wir ihr denn zu beweisen suchen, daß das an dem Begriff des Eigentums liegt, welcher nicht mehr mit den Bedürfnissen der heutigen Gesellschaft zu vereinbaren ist. Der Begriff des Eigentums paßt nicht mehr für unsere Zeit, weil jede Zeit ihr eigenes Bedürfnis hat, das Eigentum aber der unsrigen ganz entgegen ist."

Nach diesen der Klassenkampflehre reichlich angenäherten Anschauungen berührt Weitlings unaufhörliche Betonung des religiösen Momentes doppelt merkwürdig. Und doch löst sich dieser scheinbare Widerspruch, wenn wir uns daran erinnern, daß diesem bemerkenswerten Künder des sozialistischen Ideals zwei Begriffe fehlen, um zu einer Abrundung seines Systems zu gelangen: der Begriff der Notwendigkeit und der Begriff der Entwicklung. Da er den Gang der Geschichte zu der sozialistischen Gesellschaft mittels dieser Auffassung — die ein Teil der materialistischen Auffassung ist — nicht zu erklären vermochte, mußte die Religion als Surrogat eingesetzt werden, und zwar in ihrer ursprünglichen Gestalt des reinen Christentums, wie sie später Tolstoi kündete, als Religion der wahren Demokratie und der kommunistischen Wirtschaft. Die Religion dient Weitling dazu, „um die Menschheit zu befreien". In dieser Hinsicht ist er mit St. Simon verwandt, der in seinem „neuen Christentum" ähnliches predigt. Marx, der Weitlings Nachfolger und Ueberwinder zugleich wurde, bekämpfte diesen mit ungeheurer Leidenschaftlichkeit.

Es ist das Schicksal der Menschen, überwunden zu werden. Ein Denker erhebt sich, frei oder auf den Schultern eines Vorgängers, und dieser tritt in den Schatten, freiwillig oder unfreiwillig. So ist es auch Weitling gegangen. Marx und Engels stellen ihn in den Schatten. Lächerlich wäre es aber von seiner Lehre heute noch als von dem „Handwerksburschensozialismus" zu sprechen. Offen können wir Weitlings Verdienste um die Erweckung der Arbeiterklasse anerkennen. Das beweist nicht nur der Inhalt seiner Schriften, sondern auch welche Aufopferung er und seine Anhänger aufbringen mußten, um deren Drucklegung zu ermöglichen. Man fürchtete seinen Geist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210126-19/fragment/page=0003

Keine Krisis in der Brotversorgung. Wie das „Berl. Tagebl." von unterrichteter Seite hört, haben sich die Behörden mit Getreide für die Brotversorgung bis Anfang Mai genügend eingedeckt. Das Sinken des Dollarkurses ermöglichte den Bezug amerikanischen Getreides zu günstigen Preisen. Eine Krisis in der Brotversorgung ist in diesem Jahr nicht zu befürchten.

Aber ungeheure Erhöhung der Getreidepreise. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts" hat sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft entschlossen, für die nächste Ernte folgende Mindestpreise in Vorschlag zu bringen, für Roggen: 2050 Mark, bisher Höchstpreis 1430 Mark, Gerste und Hafer: 2050 Mark, bisher 1380 Mark, und Weizen: 2250 Mark, bisher 1570 Mark pro Tonne. — Das sieht Hermes ähnlich.

Die Danziger Unabhängigen nach Moskau. Nach einer Blättermeldung aus Danzig hat der Parteitag der Danziger Unabhängigen mit 75 gegen 9 Stimmen den Anschluß an die 3. Internationale und die Verschmelzung mit der kommunistischen Partei beschlossen.

Abschaffung des Geldes in Rußland? Die Sowjetzeitungen veröffentlichen eine offizielle Note, in der gesagt wird, daß die wirtschaftliche Lage der Sowjet-Republik zu der Notwendigkeit führt, einen neuen Wertmesser an Stelle des Geldes einzurichten. Es wurde eine Spezialkommission ernannt, die den Vorschlag beraten soll, eine Arbeitsstunde als Werteinheit einzuführen.

Aus aller Welt.

Schweres Grubenunglück.

Dresden, 25. Januar. Nach amtlicher Feststellung hat das Oelsnitzer Grubenunglück bisher bereits 52 Tote gefordert; bei zwei Schwerverletzten ist es fraglich, ob sie noch gerettet werden können. Das Personal und die Aerzte des Hospitals arbeiten seit 36 Stunden ununterbrochen mit Sauerstoffpumpen, allein es war ihnen trotz aller Anstrengungen nicht möglich, die durch Gasvergiftung Betroffenen am Leben zu erhalten. Für sämtliche Toten findet eine gemeinsame Trauerfeierlichkeit statt, welcher der Ministerpräsident Buck persönlich beiwohnen wird.

Leipzig, 25. Januar. Aus Oelsnitz wird gemeldet: Von den im Krankenhaus befindlichen 26 verletzten Bergleuten sind 6 ihren Verletzungen erlegen. Bei mehreren anderen sind die Verletzungen ebenfalls tödlich.

Berlin, Bernsteinsund. In Kraxtepellen in der Nähe von Königsberg wurde beim Legen von Wasserleitungen ein 60 Pfund schweres Stück Bernstein gefunden, das höchst wahrscheinlich vor Jahren von einem Fischer vergraben worden ist.

Güstrow, Mordiat. Wie die Mecklenburgische Tageszeitung aus Klütz meldet, wurden dort am Sonntag der Kolonialwarenhändler und Bankagent Dörring sowie seine Frau und seine Schwiegermutter in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Der Güstrower Zeitung zufolge soll es sich dabei ursprünglich um einen Einbruch gehandelt haben. Den Anlaß dazu habe der Umstand gegeben, daß Dörring auf dem Postamte 70 000 Mark zur Einzahlung bereit lagen, die aber an dem Tage der Tat noch nicht abgeholt waren. Als des Mordes verdächtig sind ein Fischhändler und seine beiden Söhne verhaftet worden.

Dresden, 25. Januar. Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung gedachte Präsident Fräßdorf des gestrigen Grubenunglücks bei Oelsnitz, widmete den Toten und Verletzten herzliche Worte des Mitgefühls und teilte mit, daß der Landtag bei der Beerdigung der Opfer sich vertreten lassen werde. Anschließend drückte der Ministerpräsident Buck das Beileid der sächsischen Regierung mit den Opfern des Grubenunglücks aus. Nach den bisherigen Feststellungen sei das Unglück lediglich auf die Entladung schlagender Wetter zurückzuführen.

Danzig. Gestörter Nachrichtendienst. Infolge Rauhreif ist der größte Teil der Fernsprechverbindungen mit dem Deutschen Reich und Polen gestört. Verbindungen mit Berlin, Hamburg, Stettin, Warschau, Breslau und Posen sind zurzeit unmöglich.

Neueste Nachrichten und Telegramme

Neuwahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 25. Januar. Der Landtag nahm heute einstimmig einen Antrag an, nach welchem die Wahlperiode des Landtags am 15. März 1921 beendet sein soll.

Der Landtag beschloß, daß die Neuwahlen zum Landtag und die erstmalige Wahl der Amtsvertreter gleichzeitig am Sonntag, dem 13. März 1921, stattfindet.

100 000 Beamte mehr.

Paris, 25. Januar. Der Berichterstatter der Finanzkommission der Kammer Charles Dumont hat festgestellt, daß Frankreich augenblicklich 100 000 Beamte mehr hat, als vor dem Kriege.

Verantwortlich für Politik, Parlamentsnachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreise" und Feuilleton Willi Lanke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen.

Weißenfels

Milchkarten-Ausgabe für Monat Februar.

Die Ausgabe der Milchkarten für Monat Februar findet an folgenden Tagen in der Markenausgabestelle — Klosterstraße 8 — in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags wie folgt statt:

Für Frauen, Kinder und Kranke.

Donnerstag, den 27. Jan. 1921, die Buchstaben A—M
Freitag, „ 28. „ 1921, „ „ N—Z

Es wird ausdrücklichst darauf hingewiesen, daß die Aushändigung der Milchkarte nur gegen Vorlegung des Brotscheins und der alten Milchkartenstammkarte erfolgen kann.

Weißenfels, den 26. Januar 1921.

Der Magistrat.

Grundschule.

Zur Ausführung der Bestimmungen des **Gesetzes, betr. die Grundschulen und Aufhebung der Vorschulen vom 28. April 1920,** bauen Ostern 1921 die Vorschule bei Oberrealschule, des Lyzeum und die Bürgerschule ihre unterste Klasse zugunsten der **Grundschule** ab. Diese ist ein Teil der Volksschule. Es sind bestimmt alle sechsten Ostern schulpflichtig werdenden Kinder unter Stadt ohne Unterschied dieser Grundschule zuzuführen. Die Anmeldung nehmen die **Rektoren der hiesigen Volksschulen** in ihrem Amts immer entgegen, und zwar

für die Berg-Knabenschule L. V. Lehrer Hecker,
„ „ „ Mädchenschule Rektor Böhme,
„ „ Beudnitzschule Rektor Muller,
„ „ Neustadtschule Rektor Uhlemann.

Die Anmeldung erfolgt

für **Knaben Dienstag, den 1. Februar,**
für **Mädchen Mittwoch, den 2. Februar,**

in beiden Tagen von 8 bis 1 Uhr.

Die Anmeldung der **katholischen** Kinder erfolgt im Amtszimmer des Hauptlehrers Reinhold am Dienstag, den 1. Februar d. Js. von 10 bis 1 Uhr.

Die Anmeldung bezieht sich auf alle Kinder, die bis zum 30. September d. Js. das sechste Lebensjahr vollenden und auf diejenigen, welche wegen Krankheit oder Schwächlichkeit noch ein Jahr zurückgestellt werden sollen oder die im Vorjahre zurückgestellt worden sind.

Dabei ist der **Impfschein** vorzulegen.

In die **I. Berg-Volksschule** melden sich alle Kinder aus der Berg-, Bismarck-, Bürgerstraße, Brauhausgasse, Brunnengasse, Gr. u. Kleine Burgstr., Dammstr., Fischgasse, Franzosis z. Friedenstr., Friedrichsplatz, Friedrichstr., Krumme Gasse, Georgenberg, Georgenberstr., Georgenberg-Privatstr., Himmelbett, Hohestr., Holländerstr., Jahnstr., Jüdenstraße, Große und Kleine Klausstr., An der Kirche, Kirchgasse, Klingenplatz, Am Kloster, **Kaberstr.**, Kugelberg, Langerberbrücke, 1—30, Leipzigerstr., Alte Leipzigerstr., Marienstr., Markt, Am Markt, Moritzstr., Naumburgerstr. 1—10, Rikoschstr., An der Pfeffermühle, An der Pforte, Promenade, Promenadengasse, Roonstr., Saalstr., Saalegasse, Schloßgasse, Schützenstr., Selauerstr., Stumestr., Soldatenweg, Stadtgarten, An den Stufen, Töpfendamm, Zeitzerstr. sowie alle in diesem Bezirk noch neu entstandenen Straßen.

In die **II. (Beudit)-Volksschule** gehören alle Kinder aus den Straßen an der Beude, Bei Beudit, Beudnitzer Hauptstraße, Am Bülmer, Große und Kleine Deichstr., Am Forsthause, Radegastersstr., Gustav-Adolfstr., Hermannstraße, Hermannsgarten, Hirtemannstr., Hirtemannplatz, Am Kummerholzschen, Im Kruge, Am Krugwege, Ladegastr., Langenbergstr. von Nr. 31 an Lutherstr., Mühlweg, Naumburgerstr. von Nr. 11 an, Neuestr., Kl. Neuestr., Schulstr., Sportplatz, Städtische Privatstr., Weißenfelsstr., Leopold-Kellstr., Zimmerstraße sowie alle neu entstandenen Straßen in diesem Bezirk.

In die **III. (Neustadt)-Volksschule** werden die Kinder des Neustadtbezirks jenseits der Saale aufgenommen. Bei bevorstehendem Wohnungswechsel kommt die in Betracht, welche am 1. April oder nach diesem Termine beziehen wird.

Weißenfels, den 21. Januar 1921.

Die Schuldeputation.

Daehn, Oberbürgermeister.

Der „Radikalismus" die Kinderkrankheit des Kommunismus.

Von V. Lenin.

Preis M. 2.50 u. 20% T.

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstrasse 27.

Bestellungen nehmen alle Austrägerinnen entgegen.

Apollo-Theater Tägl. 7½!
Die „Närrische Liebe"
Optte. v. L. Jessel (Komponist von Schwarzwaldmädel).
In den Hauptrollen:
Fanny Köbe
Theo Lucas

Stadt-Theater
Donnerstag, d. 27. Jan.
Anfg. 7½, Ed. 10½ Uhr:
Königskinder.
Freitag,
Anfang 6½ Uhr:
Siegfried.

Strümpfe
aller Art, neu und antrikiert.
Winterstein,
Dicarusstraße 8.

Reines Schweine-Schmalz
Pfd. Mk. 13.50
F. H. Krause

A. M. Berndt Nachflg.,
E. A. Rommel,
Alte Promenade 6 Telephon 4635.
(im Reichshofgebäude).
Wieder eingetroffen:
Ia. Nordhäuser Kautabak
Für Wiederverkäufer äußerst günstig.
Deutsche und englische Zigaretten
sowie Zigarren, prima Qualität, in allen Preislagen.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Kaufgesuche
Felle, Häute und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz, Fellzurichterei, Fischerplatz 2.
Für Fellsammler Vorzugspreise.

Vermischtes
Bettnässen
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Versandhaus Urania
München B 322
Waltherstr. 33.

Leder-Ausschnitt
Mass-Schäfte
in bester Qualität, billigste Preise.
Schuhmacher-Bedarfs-Artikel
F. Noah
Leipzigerstrasse 16,
Ecke Gr. Sandberg.
Café Zorn gegenüber.

Unseren Fellfieferanten geben wir
Fensterleder
ab.
Gebr. Danglowitz,
Fellhandlung und Fellzurichterei.

Frauen im Vertrauen
Wer's gebraucht hat, weiß es, daß meine Original-Mittel für Frauen bei Störungen und Unregelmässigkeiten das Beste sind. Viele Dankschreiben laufen täglich ein über den guten Erfolg. Säumen Sie nicht länger, ein einziger Versuch macht auch Sie für Ihr ganzes Leben wieder froh und glücklich. Gänzlich unschädlich, volle Garantiefüge ich schriftlich bei. Versand verschlossen gegen Nachnahme.
E. Weinert,
Hamburg A 48,
Catharinenstrasse 4.

Gebt Euren Kindern
Kinder-Nährzwieback
aus feinst. weiss. Mehl
W. Große,
Goethestrasse 7.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen.

Masken,
Perücken, Bärte,
Karneval Artikel,
Papiermützen,
Girlanden
empfiehlt
Albin Bentze,
Schmeerstr. 24.

Rolladen
Jalousien
Markisen
usw.
liefert u. repariert
Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8,
Ecke Kl. Brauhausstr.,
ernspr. nur noch 5849.

Thalia-Theater.
Sonntag, den 30. Januar,
Montag, den 31. Januar,
Dienstag, den 1. Februar,
abends 7½ Uhr
Russisches Ballett
Injia Zarifah.
Eintrittskarten an der Kasse des Stadttheaters.

Karneval-Artikel, Papiermützen, Masken, Kotillon-Touren, Kotillon-Orden.
Die neuesten Schlager und größte Auswahl.
Luftschlangen, Konfetti, Tanzkontroller, Tanzblumen, Eintritts- und Garderoben-Blocks, Girlanden für Saaldekorationen
kaufen Vereine, Saalbesitzer u. Wiederverkäufer billigst bei
Paul Lange,
Halle a. S., Merseburger Straße 168.
Nähe Riebeckplatz neb. Apollotheater. 5 Min. v. Hauptbhf.

Soeben ist erschienen:
Dantons Tod
Ein Drama von Georg Büchner.
Illustrierte Ausgabe.
Dieses unsterbliche Revolutionsdrama sollte von jedermann gekauft und gelesen werden. Ganz ohne Zweifel ist dieses Drama ein ausgezeichnetes Werk für jede Haus- und Vereinsbibliothek und deshalb zur allgemeinen Anschaffung empfohlen.
Fein kartonier, illustriert, gedruckt auf holzfrei unitext Japan Mk 13.—
Verlag der Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Holzpantoffeln
starkes Lederblatt
(Friedensware)
liefert billigst
Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Zu verkaufen
Gutgehende Gastwirtschaft in Weißenfels
billig zu verkaufen. Zu erfragen in Roßbach bei Weißenfels, Gasthof Frohe Botschaft.

Makulatur
zu verkaufen.
Verlag
Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27

Händler, Hausierer
Billige Stoffe
ab Fabrik. Fabrikpreise.
Gefl. Off. u. V. St. 42
an die Expedit. d. Ztg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210126-19/fragment/page=0004

Aus dem Stadtkreis.

Halle 26. Januar 1921.

Sozialdemokratischer Wahlausschuß.

Zur Erledigung der Wahlarbeiten für die Landtags-, Provinziallandtags- und Kreistagswahlen ist für Halle und den Saalkreis von der Sozialdemokratischen Partei in Halle ein Ausschuß gewählt worden. Als Vorsitzender ist der Gen. W. Herzig, zur Kassenführung Gen. G. Bauer und zu Schriftführern sind die Gen. W. Ebel und P. Schneider gewählt worden. Außerdem gehören dem Ausschuß folgende Genossen an: Benkert, Fischer, Kohlemann, Mape, Müller und Zschäpe. Alle Anfragen, Meldungen und Mitteilungen zu den Wahlen sind für das Stadtgebiet Halle an die Adresse des Vorsitzenden, Gen. Wilh. Herzig, Gr. Ulrichstr. 27, I. Etage, Fernsprech-Nummer 5407, zu richten. Für die Ortschaften des Saalkreises sind die Anfragen, Anträge und Einsendungen an das Parteisekretariat der S. P. D., Harz 42/44, Zimmer 12, zu händen des Parteisekretärs, Gen. Flücht, zu richten.

Nächste Sitzung des Wahlausschusses ist Donnerstag, abends 8 Uhr, im Parteibüro.

Der Ausschuß für Stadtratswahlen

beschäftigte sich gestern in einer Sitzung mit der durch den Rücktritt eines der Kandidaten zum Stadtschulratsposten und zwar des Lehrers Holtz, Ascherslebener, entstandenen neuen Situation. Die Fraktion der Unabhängigen behielt sich vor, einen neuen Kandidaten zu suchen. Beschlossen wurde aber, die Wahl am nächsten Montag stattfinden zu lassen. Da es als unwahrscheinlich anzusehen ist, daß bis zu diesem Termin noch eine geeignete Person zur Kandidatur gestellt werden kann, so wird also Oberlehrer Dr. Truschel aus Weimar als einziger Kandidat in Frage kommen.

Zwei weltliche Schulen für Halle.

In der gestrigen Sitzung des Schulausschusses standen zwei Punkte zur Verhandlung. 1. Gesuch um Ausbau des Lyzeums II und 2. Antrag auf Schaffung einer weltlichen Schule. Das Lyzeum II soll zu einer Vollanstalt umgebaut werden. Unsere Fraktion steht mit der gesamten Linken auf dem Standpunkt, daß hierzu Mittel nicht bewilligt werden können; mindestens aber solange nicht, als nicht für die Volksschüler die Lernmittelfreiheit eingeführt ist. Der Schulausschuß beschloß, das Gesuch dem Magistrat als Material zu überweisen.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, im Norden und Süden der Stadt je eine weltliche Schule einzurichten, die in keiner Weise in der Ausgestaltung usw. hinter den übrigen Volksschulen zurückstehen sollen. Kinder sind für die weltliche Schule schon in großer Anzahl angemeldet worden. An Lehrern mangelt es jedoch noch. Letzteres ist verständlich; denn bisher stand je über die Errichtung weltlicher Schulen noch nichts fest.

Wahlkarten für die Wahlkartei abgeben.

Beim Zusammenstellen der Wahlkartei hat sich gezeigt, daß eine sehr große Anzahl von Wahlkarten noch nicht zurückgegeben worden ist, z. T. fehlen sogar die Karten der Wahlberechtigten ganzer Häuserreihen. Da die Aufnahme in die Wählerliste — Wahlkartei — die Vorbedingung zur Ausübung des Wahlrechts bildet, bitten wir, die noch in den Händen der Wähler oder der Hauswirte befindlichen Karten möglichst sofort — spätestens aber bis zum 30. Januar d. J. — im Versteigerungsraum des Städt. Leihamtes, An der Marienkirche 4, Eingang Treppe Hallmarkt, abgeben zu wollen.

Auch diejenigen Wahlberechtigten, die ihre Karten zurückgegeben haben, denen jedoch ein Wahlausweis nicht zugeht, werden gebeten, innerhalb der vorbezeichneten Frist, schriftlich oder mündlich einen Antrag auf Ausstellung eines Ausweises zu stellen, da dieser bei der Wahl vorzulegen ist.

Nach den gesetzlichen Vorschriften müssen die Einspruchserheber für die Richtigkeit ihrer Behauptungen, soweit sie nicht offenkundig sind, Beweismittel beibringen.

Hierzu eignen sich am besten Wohnungs-, Lebensmittelscheine oder polizeiliche Anmeldungen.

Frauenversammlung. In Wilsdorfs Gesellschaftshaus fand gestern abend 8 Uhr eine Frauenversammlung statt, in der Gen. Flücht die Geschichte und die Tendenzen des sozialdemokratischen Parteiprogramms entwickelte. Er wies auf das Gothaer und Erfurter Programm und die Revisionsgutachten des Kasseler Parteitages hin und unterzog besonders die Friedensvertragsrevisionsfrage einer eingehenden Würdigung in sozialdemokratischem Sinne. — Anschließend ergab sich eine kurze Aussprache und die Wahl des Vorstandes, der sich aus folgenden Genossinnen zusammensetzt. Undeutsch, Adler, Herzig, Roack, Röhr, Suhr. Alle Genossinnen seien auch an dieser Stelle aufgefordert, alles zur Förderung unserer Bestrebungen zu tun und nicht untätig beiseite zu stehen. H—r.

Ende des Schulstreiks in der Hulten- und Lutherschule. Eine am Montag abend in der Huttenschule tagende Elternversammlung nahm einen Antrag an, wonach der Schulstreik abgebrochen und die Kinder angehalten werden sollen, ab heute die Schulen wieder zu besuchen. Der Magistrat hat zugesichert, daß die Lutherschule bis zum 20. März geräumt wird. Nach den Osterferien soll der Schulbetrieb wieder voll aufgenommen werden, da dann die Wiederherstellungsarbeiten beendet sein werden.

Neue Ergebnisse der Kirchenwahlen in Halle. Trotz der schwierigen Berechnungen, die das Wahlgesetz erfordert, dessen Vereinfachung durch die verfassunggebende Kirchenversammlung zweifellos nötig ist, können doch von Laurentius und Paulus folgende endgültige Zahlen veröffentlicht werden. Für den Gemeindekirchenrat von Laurentius wurden insgesamt abgegeben 28 610 gültige Stimmen, davon fallen 26 890 auf Wahlvorschlag I (kirchliche Einheitsliste) und 1720 auf Wahlvorschlag II (Franckebund). Wahlvorschlag II fällt aus. Für die Gemeindevertretung sind abgegeben 120 953 gültige Stimmen, davon entfallen 105 315 auf Wahlvorschlag I und 15 638 auf Wahlvorschlag II. Demnach sind gewählt von I 43, von II 5 Kirchengemeindevertreter. — In Paulus sind abgegeben für den Gemeindekirchenrat 50 702 Stimmen, davon 32 229 für die vereinigte volkskirchliche Liste (Wenzlau) und 18 473 für den Bund der Christusgläubigen (Sommer). Auf die volkskirchliche Liste entfallen 8, auf den Bund der Christusgläubigen 4 Vertreter. Für die Gemeindevertretung sind abgegeben 202 443 Stimmen, davon 128 497 für die vereinigte volkskirchliche Liste, 73 946 für den Bund der Christusgläubigen. Voraussichtlich entfallen auf die erste Liste 30, auf die zweite 18 Vertreter.

Eine Konferenz der Betriebsräte der Kreisverwaltungen und Landratsämter in Mitteldeutschland, einberufen vom Zentralverband der Angestellten, tagte Sonntag, den 23. Januar in Halle, im Restaurant „St. Nikolaus". Die sich an das Referat des Gauleiters Künne, Magdeburg, anschließende rege Aussprache ergab eine bemerkenswerte Uebereinstimmung darin, daß die Angestellten ablehnen, sich unter die Beamtenvertretungen stellen zu lassen. In dem Zusammenschluß in der Freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände" (Gaka) erblicken die Angestellten die beste Abwehr aller Benachteiligungsversuche und die wirksamste Interessenvertretung aller kommunaler Arbeitnehmer.

Die Angestellten des Bergbaues zum Reichsknappschaftsgesetz. Eine vom Allgemeinen freien Angestelltenbund (früher Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) einberufene Konferenz der Angestellten des Bergbaues von Mitteldeutschland beschäftigte sich am 23. d. M. mit dem Entwurf des Reichs-Knappschafts-Gesetzes. Die von den Angestellten des Bergbaues zu dem Entwurf geäußerten Wünsche werden den gesetzgebenden Körperschaften bei Beratung des Gesetzes unterbreitet werden. Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit den Bestrebungen, möglichst eine Einheitlichkeit der Tarifverträge untereinander zu schaffen.

„Anthroposophie in der Heilkunde." Im gutbesuchten Auditorium maximum der Universität sprach Herr Dr. Rascher über obengenanntes Thema: Er führte ungefähr aus: Der erste geschichtliche Vertreter der Heilkunde war Hippokrates. Rein instinktiv ging der Arzt an den Kranken heran und suchte aus dessen Natur heraus das Heilmittel zu finden. Das Mittel war der Heilschlaf im Tempel unter der Leitung des Priesters; wir haben hier den Mysterienkult. Im Lauf der Jahrhunderte und Jahrtausende trat eine Bewußtseinsänderung im Menschen ein. Das Instinktive verschwand und das Verstandesmäßige griff Platz. Das Letztere hat die medizinische Wissenschaft zu den unbestrittenen Erfolgen bei allen äußeren Eingriffen am menschlichen Körper geführt. Auf der anderen Seite wäre aber die Chirurgie mit allen ihren Errungenschaften machtlos, wenn dem Körper nicht die Heilkraft innewohnte. Doch bei allen inneren Krankheiten ist die Medizin in eine Sackgasse geraten; sie weiß den Weg zu den Quellen des Gefühlslebens des Menschen nicht mehr. Hier will die Anthroposophie oder Geisteswissenschaft einsetzen. Für die pathologische Anatomie ergibt sich die Therapie erst aus einer Erkenntnis der Zusammenhänge der menschlichen Wesenheit mit den einzelnen Naturreichen und zwischen Makrokosmos und Mikrokosmos." Der Vortrag war mit Zitaten aus Paracelsus, Novalis und Goethe reichlich durchsetzt und so ist es erklärlich, daß die meisten der Anwesenden, die eine Einstellung zu diesen Problemen suchten, ihre Erwartung nicht erfüllt sahen. Das bewies die mehrfache Unruhe während des Vortrages. In der Diskussion wurde interessanter Weise die Frage „Anthroposophie und Infektionskrankheiten" angeschnitten. Wegen der Kürze der Zeit konnte sie leider nicht mit wissenschaftlicher Ausführlichkeit behandelt werden.

Ausdehnung der Quäkerspeisungen. Die relig. Gesellschaft der Freunde (Quäker) beabsichtigt vom 1. Februar ab auch Kleinkinder, d. h. Kinder zwischen zwei und sechs Jahren, an den Speisungen teilnehmen zu lassen. Die Kinder müssen täglich zu den bekannten, bereits bestehenden Speisestellen in den Schulen durch geeignete Begleitpersonen gebracht werden.

*

Kleine Kinder (im Alter von 2 bis 6 Jahren) zur Quäkerspeisung können noch vorgestellt und angemeldet werden im Stadtgesundheitsamt, Schmeerstr. 11, am Donnerstag, den 27. Januar 1921, von 10 Uhr vorm. ab. Die Auswahl erfolgt streng nach der körperlichen Bedürftigkeit. Die Kinder müssen täglich zu den bekannten, bereits bestehenden Speisestellen in den Schulen durch geeignete Begleitpersonen gebracht werden.

Bericht gung. Im gestrigen Bericht über die Arbeitersportträgerversammlung muß nach den Ausführungen des bürgerlichen Volksschulleiters der Satz eingefügt werden: „Wahrscheinlich hatten die Kommunisten erwartet, der Herr werde deutschnationale Sporttraktsprüche vom Stapel lassen." Durch das Fehlen dieses Satzes, war der Bericht entstellt, was hiermit revidiert wird.

Der Postverkehr mit dem Auslande. Von jetzt an können Postpakete ohne Wertangabe und ohne Nachnahme bis 5 Kilogramm nach der Argentinischen Republik, Bolivien und Uruguay und bis 3 Kilogramm nach Paraguay zur Beförderung über Hamburg mit Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft angenommen werden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Die Ausfuhrerklärungen zu Paketen nach dem Ausland, die zur zollamtlichen Prüfung der Ausfuhrzulässigkeit dienen, dürfen von 1. Februar an nur noch auf einem Vordruck zur grünen Zollinhaltserklärung ausgestellt werden; sie sind nach wie vor am Kopfe mit „Ausfuhrerklärung. (Für Zwecke der deutschen Zollverwaltung)" zu bezeichnen. Die Verwendung von statistischen Anmeldescheinen zu dem genannten Zweck ist vom gleichen Zeitpunkt an nicht mehr zulässig.

Darf man die Wahrheit sagen? Vor einiger Zeit erschien in der „Volksstimme" ein Artikel mit der Ueberschrift: „Unterliegt Butter der Zwangsbewirtschaftung?" Auf Grund dieses Artikels, der eine Butterschiebung betraf, wurde von der Eisenbahn-Verwaltung die Untersuchung eingeleitet. Der mit der Untersuchung betraute Eisenbahn-Obersekretär Münster erklärte bei einer Verhandlung, daß derjenige, der den Artikel verfaßt hat — also die Wahrheit sagte — ein großer Lump sei und er würde dafür sorgen, daß derselbe, sofern er unter den Ueberwachungsbediensteten zu suchen sei, von der Ueberwachungsstelle verschwinden muß.

Radiernunfall. Montag nachmittag verunglückte ein Geschirrführer mit seinem Fahrrade dadurch, daß er in der Cöthener Straße an einem Fernsprechdraht, der anscheinend vom Sturm heruntergerissen war, hängen blieb, hierbei vom Rade stürzte und sich eine Schnittwunde am Halse zuzog.

Selbstmord. Am 2. Januar ist der unten näher beschriebene Mann von den Pulverweiden aus in die Saale gesprungen und ertrunken: 30—35 Jahre alt, 1,65 groß, trägt schwarzen Ueberzieher mit Sammtkragen, dunkle Hose. Die Leiche ist bisher noch nicht geländet. Wer Angaben über den Toten machen kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 21, zu melden.

Fürchterlicher Tod. Gestern vormittag verunglückte ein Arbeiter im Kupferwerk Trotha dabei tödlich, daß er eine Leiter bestieg und sich unbefugt an der Transmission zu schaffen machte. Er wurde hierbei von dieser erfaßt und einige Male herumgeschleudert. Der Tod trat sofort ein. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenstriebhof geschafft.

Ein entwichener Fürsorgezögling brach in der Trothaer Straße in eine Bodenkammer ein und stahl Kleidungsstücke. Beim Verlassen des Grundstücks konnte er noch rechtzeitig festgehalten und der Polizei übergeben werden.

Die Demokratie in der Literatur.

„Politisch Lied ein garstig Lied" sagt Goethe. Wenn er im Hinblick auf die dichterische Hochproduktion der Befreiungskriege, die Schwertgesänge der Rückert, de la Motte Fouqué und Arndt zu diesem Schlusse kommt, so mag seine Aeußerung nicht abstrakt aufzufassen sein, sondern sicherlich Berechtigung haben. Politik war aber nicht, was jene Leute in dichterische Form kleideten, es war lediglich der nicht gerade allzu poetische Ausdruck der durch die napoleonische Besetzung hervorgerufenen Revanchestimmung. Ganz entgegengesetzt ist das eigentlich politische Lied. Es ist nicht im geringsten garstig. Wer den Schwung, die glühende Begeisterung, die plastische, bildnische Ausdrucksweise Hermeghlcher und Freiligrathscher Freiheitsdichtung schon einmal in sich aufgenommen hat, weiß, daß die Funken, die diesem lodernden Freiheitsfeuer entsprühen, tausend indifferente Herzen, an denen hunderte von Agitationsversammlungen spurlos vorübergegangen sind, für Sozialismus und Demokratie erglühen lassen können.

Die Zahl der Dichtungen, deren psychologischer Unterton mehr oder minder demokratisch ist, ist ungemein groß. Von den Sturm- und Drang-Dramen der Reinhold Lenz, Maximilian Klinger, des jungen Schiller bis zu Heinrich Manns „Der Untertan", ist es eine lange Reihe von Werken, die aus demokratischem Geiste geboren, von leidenschaftlichstem Feuer durchglüht sind. Es liegt ja schon in der Dichternatur ein gewisser Drang nach Freiheit, eine Sehnsucht nach Befreiung von konventionellen Fesseln, die je nach den ökonomischen und politischen Zuständen sich verschiedenartig ausdrücken. So ist das Humanitätsideal unserer Klassiker natürlich weit utopischer und schöngeistiger als die die Solidarität verkündenden Romane Spielhagens, der in der Arbeiterbewegung der 60er Jahre fußend seine Tendenzen als Forderungen ökonomischer Besserung ansieht.

Was Schiller in den „Räubern" die Befreiung von aller Konvention, Heine in seinen Epigrammen die Verspottung der aristokratischen Wüstlinge bedeutet, das ist Otto Ludwig der Kampf des Bürgertums der 40er Jahre mit den privilegierten Gewalten, das ist in neuester Zeit für Heinrich Mann der Kampf der Reaktion mit der parlamentarischen Demokratie und für Georg Kaiser die Kluft zwischen Kapital und Arbeit.

Nur daß die Werke des letzteren einen noch höheren sozialen Einschlag haben als die der vorgenannten. Der Expressionismus, den Georg Kaiser pflegt, will ja nur Typen schaffen; die Worte eines Arbeiters werden zum Ausdruck der Nöte seiner ganzen Klasse, die eines Kapitalisten zur konsequenten Erstrebung des Individualismus, der in dieser Oberschicht gepflegt wird. Diese Gegensätze führen zu der schließlichen Umgestaltung der Gesellschaft, wie die Explosion in Kaisers „Gas" symbolisch veranschaulicht. Daher die große Werbekraft des modernen Dramas für unsere Ideen.

Warum ich diesen „dramatischen Sozialismus" behandle? Die Reaktion, die Rechtsparteien und die Demokraten suchen — namentlich in Wahlkampfzeiten — den Sozialismus, die wahre Demokratie als simple organisierte Lohnbewegung festzunageln, eine Lohnbewegung, die, dem krassesten Materialismus entsprungen, jeglichen idealen Schwungs entbehre. Dieser Verdrehungstaktik muß entgegengetreten werden. Wir müssen darauf hinweisen, daß Demokratie und Sozialismus, solange sie zur gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden sind, in ihren Forderungen Allgemeingut der Kunst waren, daß geniale Persönlichkeiten mit glühender Begeisterung die sicherlich durch keine alleinige Lohnbewegung angefacht wird, sich mit ihren Kunstmitteln in den Dienst unserer Bestrebungen gestellt haben. Mit dieser Feststellung machen wir der Phrase von der „materialistischen Sozialdemokratie" ein Ende, stellen die Verdrehungstaktiker auf der Rechten, denen die Kunst nicht Selbstzweck, sondern Schleppträger des Kapitalismus sein soll, bloß. Und dieses Argument ist uns eine vernichtende Waffe im bevorstehenden Wahlkampfe. Es wird uns dem Aufstiege und der Verwirklichung der Ziele, die unsere Dichter, als Klassiker, Realisten oder Naturalisten in ihrer Mehrheit poetisch schon längst erstrebt haben, näher bringen.

Hans Här.

Der Kompaß.

Von Werner Rowe.

Eins der wichtigsten Hilfsmittel zur Ortsbestimmung ist bekanntlich der Kompaß. Die Eigenschaft des Magnetsteins, sich bei freier Beweglichkeit in die Nord-Süd-Richtung zu stellen, war in China schon lange vor Christi Geburt bekannt und benutzt. Ob aber die Kenntnis dieser Eigenschaft von dort nach dem Abendlande gekommen ist, oder ob man bei den Mittelmeervölkern dieselbe Entdeckung — wenn auch viel später — selbständig gemacht hat, ist nicht festzustellen. Diese Völker benutzen die Magnetnadel seit dem 12. Jahrhundert bei ihren Seefahrten und bei den Aufnahmen von Land- und Seekarten. Bis in das 16. Jahrhundert hinein glaubte man, daß die Magnetnadel genau nach Norden zeige, und daß der Polarstern die anziehende Kraft ausübe. In Wirklichkeit jedoch zeigt die Nadel nicht genau nach dem Nordpole, sondern nach einem anderen Punkte, den man den magnetischen Pol nennt. Bei uns weicht die Nadel um etwa 10 Grad nach Westen ab, die Nordrichtung liegt also etwas weiter östlich, als die Nadel ergibt. Der Winkel zwischen beiden Richtungen wird Mißweisung oder Deklination genannt. Dieser Winkel bleibt nicht stets derselbe, da der magnetische Pol nicht ständig festliegt sondern sich im Laufe der Jahre in kleinen kreisähnlichen Bahnen bewegt. Die Kenntnis der Mißweisung ist für die Schiffahrt von größter Wichtigkeit für die Bestimmung des Reisewegs. Die Schiffe führen daher Karten mit sich, auf denen die Mißweisung angegeben ist. Wichtig für die Aufstellung des Kompasses ist, daß die Nadel nicht durch in der Nähe befindliche Eisenmassen beeinflußt wird, eine Bedingung, die bei den heutigen Stahlschiffen schwer zu erfüllen ist. Man hat daher auch den magnetischen Kompaß schon mehrfach durch einen Rotationskompaß ersetzt, ohne daß jener jedoch dadurch verdrängt worden wäre. Diese Art Kompaß beruht darauf, daß ein sehr schnell rotierender Kreisel stets dieselbe Richtung behält, wenn er frei aufgehängt ist. In ältester Zeit unterschied man zwei Himmelsrichtungen: die Gegend des Sonnenaufganges und die des Sonnenunterganges. Bald aber folgte die weitere Teilung durch Mittag und Mitternacht und nach vor Christi die genauere Teilung in acht Himmelsrichtungen. Die Griechen führten später die Zwölfteilung ein, die ton den Geographen bis in das 16. Jahrhundert benutzt wurde. Die Italiener jedoch führten von vornherein die Achtteilung ein und gaben diesen acht Richtungen die in Sübitalien gebräuchlichen Namen von Winden. Daher stammt die Bezeichnung „Windrose". Neben den acht Hauptwinden wurden später noch acht Halbwinde und 16 Viertelwinde eingeführt, wodurch der ganze Kreis in 32 Winde eingeteilt war. Diese Teilung wurde von den romanischen Völkern allgemein angenommen. Die germanischen Seefahrer rechnen nicht nach Windrichtungen sondern nach — ebenfalls 32 — „Strichen", woher die Bezeichnung „Strichrose" kommt. Erwähnt muß noch werden, daß auch die Bergleute den Kompaß benutzen, doch rechnen sie nach 24 „Stunden", entsprechend der Sonnenstellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210126-19/fragment/page=0005

Im Wassereimer ertrunken. Gestern vormittag wurde ein 1½ Jahre altes Kind in der elterlichen Wohnung tot aufgefunden. Das Kind, das sich anscheinend während der Abwesenheit der Eltern an einem halbgefüllten Wassereimer zu schaffen gemacht hatte, ist in diesen hineingefallen und dabei ertrunken.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 22. d. Mts. ist bei einem Fleischermeister in der Rudolf-Hahn-Straße ein Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Den Tätern sind dabei für etwa 3000 Mark Wurst- und Räucherwaren in die Hände gefallen, die vermutlich mit einem Personenkraftwagen, der an der Ecke der Südstraße gehalten hat, fortgeschafft worden sind. Wer irgendwelche Angaben zur Ermittelung der Täter und des Verbleibs der gestohlenen Ware machen kann, wird gebeten, sich auf der Kriminalpolizei Zimmer 78 zu melden.

Wo ist ein Edelweiß-Fahrrad gestohlen? Bei einem des Diebstahls verdächtigen Mann ist ein Herrenfahrrad, Marke „Edelweiß", Modell 1911, Fabriknummer 527 100, beschlagnahmt worden. Es hat schwarzen Rahmen, Hinterrad mit schwarzer, Vorderrad mit gelber Felge, schwarze Schmutzfänger, Freilauf, hohe Ledersattelstütze, nach unten gebogene Lenkstange mit weißen Griffen. Das Fahrrad ist wahrscheinlich in der Umgegend gestohlen worden. Der Eigentümer oder wer sonst Angaben über die Herkunft des Rades machen kann, wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38, zu melden.

Stadttheater. Heute Mittwoch, abends 7½ Uhr wird Hans Pfitzners Spieloper „Das Christelflein" wiederholt. Donnerstag „Königskinder", Freitag, abends 6½ Uhr, „Siegfried", Sonnabend „Als ich noch im Flügelkleide", Sonntag nachmittag „Das Dreimäderlhaus", Sonntag abend „Die Gezeichneten". Der Verkauf für die Montag-Vorstellung „Tannhäuser" beginnt Donnerstag vormittags 10 Uhr.

Thalia-Theater. Auf die heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Thalia-Theater stattfindende volkstümliche Vorstellung „Die spanische Fliege" sei nochmals hingewiesen. Am Freitag, abends 7½ Uhr wird ebenfalls bei kleinen Preisen von 1,90—4 Mk. Gerhart Hauptmanns Komödie „Der Biberpelz" gegeben.

Gastspiel des russischen Balletts Injia Zarisch im Thalia-Theater. Das russische Ballett Injia Zarisch, das am kommenden Sonntag, Montag und Dienstag, abends 7½ Uhr im Thalia-Theater gastiert, erreicht sich in allen Großstädten bei Publikum und Presse der größten Anerkennung.

Provinz und Umgegend.

Ortsvereine des Saalkreises!

Donnerstag nachmittag 5 Uhr in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14,

wichtige Sitzung.

Die Vorstände werden dringend ersucht, mindestens ein Vorstandsmitglied zu delegieren.

J. A.: Flücht.

Zur Referentenvermittelung.

Die Rednervermittlung kann während der Wahlkampagne nur durch die Unterbezirke erfolgen, sonst ist eine geregelte Vermittlung unmöglich.

An diese Regel müssen sich auch die großen Ortsvereine halten.

Die Bestellung von Rednern muß so zeitig, als nur irgend möglich, erfolgen.

Alle Versammlungen müssen dem Unterbezirksvorstand mitgeteilt werden, damit man darüber unterrichtet ist. Diese Mitteilungen müssen frühzeitig erfolgen, damit vom Unterbezirksvorstand etwaige gemeinsame Inserate für die Presse aufgegeben werden können.

Wir erwarten, daß alle Ortsvereine unserem dringenden Ersuchen Verständnis entgegenbringen.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: R. Dreicher.

Ausland-Lebensmittelhilfe für die Provinz.

Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe hat in der letzten Sitzung seines Arbeitsausschusses einen Verteilungsplan für eine Riesensendung des amerikanischen Roten Kreuzes genehmigt, deren Wert auf etwa 20 Millionen Mark veranschlagt werden kann. Es handelt sich um rund ½ Million Ellen Flanell und zahlreiche Kisten mit Unterzeug, Kleider, Garn und Flanelldecken. Durch diesen Verteilungsplan ist dafür Sorge getragen, daß derjenige Teil der Sendung, der von den Spendern nicht an bestimmte Adressen aufgegeben worden ist, über das ganze Deutsche Reich nach Maßgabe der Notlage unter Berücksichtigung der Wohlfahrtsausschüsse derjenigen Kommunalverbände verteilt worden ist, die bisher mit Textilien noch am wenigsten bedacht werden konnten.

In der Provinz Sachsen wurden bedacht: Bitterfeld, Calbe, Eisleben, Erfurt, Grafschaft Hohenstein, Halberstadt, Halle (Saale), Heiligenstadt, Magdeburg, Mansfelder Gebirgskreis, Merseburg, Mühlhausen, Naumburg, Nordhausen, Quedlinburg, Salzwedel, Schleusingen, Wanzleben, Weißenfels, Worbis und Zeitz.

Zörbig. Ortsklasseneingruppierung. In hiesigen Beamtenkreisen hat die kürzlich erfolgte Eingruppierung des Nachbarortes Bitterfeld in die Ortsklasse B starke Erregung hervorgerufen, da Zörbig bisher in der untersten Klasse, also C stehengeblieben ist. Dies findet jedoch seine Erklärung darin, daß bisher nur über die Eingruppierung von Städten mit über 10 000 Einwohnern entschieden worden ist. Die Entscheidung über Orte unter 10 000 Einwohnern soll jedoch noch im Laufe dieses Monats fallen und, da man dabei nicht wie bisher das Hauptgewicht auf die Größe des Ortes, sondern auf die in dem ganzen Landbezirk, in dem der Ort belegen, herrschende Teuerung gelegt werden soll, so besteht die begründete Hoffnung, daß auch Zörbig in Kürze in eine höhere Ortsklasse aufrücken wird.

Lützen a. Linde. Oeffentliche Volksversammlung der SPD. Am Sonnabend, den 22. Januar wurde durch unseren Ortsverein der Wahlkampf mit einer gut besuchten Versammlung eröffnet. Als Referent war an Stelle des behinderten Gen. Krüger (Merseburg), Gen. Zimmermann (Sachsen-Altenburg) erschienen. Sein überzeugender, streng sachlicher Vortrag über die politische Lage im besonderen, fand dankbare Zuhörer. Allgemein fällt auf, daß aus gegnerischem Lager nur Horchposten gestellt werden. Zu wünschen wäre doch, daß nach solchem guten Vortrag ein Austausch gegenteiliger Meinungen stattfindet. Unser Prinzip ist, auch dem Gegner die Achtung nicht verlagen, solange er mit reinlichen Mitteln kämpft.

Gerbstedt. Generalversammlung der S. P. D. In unserer am Sonntag stattgefundenen Generalversammlung des Ortsvereins wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden gewählt die Gen. Zober (Vors.), Werkmeister (Kass.), Herm. Meißner (Schriftf.), Dittmann und Gottl. Jobel als Revisoren. Ueber die Unterbezirksversammlung in Rangerhausen erstattete Gen. Zober Bericht. In den Vorstand des neusaugründenden Landbezirkes wurden die Gen. Jacks als Obmann, sowie Albert Müller und Engelsmann als Beisitzer gewählt. Zum Beirat für die Arbeiterjugend wurde Gen. P. Zober gewählt. Der Gen. Hahn wurde vor der Versammlung lobend erwähnt, da er die „Volksstimme" als Expedient auf einen außerordentlich hohen Stand gebracht hat. Gen. Jacks sprach dann über die letzte Stadtverordnetensitzung.

Gerbstedt. Deutschnationale Logik. In einer fast nur von Männern besuchten Wählerversammlung der D. N. V. P. sprach der Bergwerksdirektor und deutschnationale Kandidat Leopold politisches Allerlei. Dabei leistete er sich den Scherz, den Landarbeitern die zwölfstündige Arbeitszeit zu empfehlen, trotzdem er vorher über die 1½ Millionen Arbeitslosen jammerte. Arbeiter, gebt diesem Herrn am Tage der Wahl die gebührende Antwort.

Weißenfels. Magistratsbeschlüsse. Der Magistrat stimmte den Plänen des Stadtbauamtes über den Ausbau der alten Gasanstalt zum Zwecke der Unterbringung des Lebensmittelamtes zu. — Für das Wasserwerk sollen neue Quellen erschlossen werden. — Die Stelle eines Leiters der Schulzahnklinik soll ausgeschrieben werden. — Für die Ausstellung des hygienischen Museums in Dresden über die Geschlechtskrankheiten soll ein Raum zur Verfügung gestellt werden. — Die Anerkennungsgebühren für Schaukästen u. a., deren Sätze heute unverhältnismäßig niedrig sind, sollen erhöht werden. Der Mindestsatz soll künftig 5 Mark betragen.

Weißenfels. Stipendium für Studierende. Für die Zeit vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 ist das Waldorff-Colditz-Universitätsstipendium, 113,62 Mk., an einen bedürftigen Weißenfelser Bürgersohn, der eine Hochschule besucht, zu vergeben. Gesuche um Erteilung dieses Stipendiums sind so rasch als möglich bei dem Weißenfelser Magistrat schriftlich einzureichen.

Weißenfels. Quäkerspeisungen. Die Hilfsaktion der Quäker auch in hiesiger Stadt, liefert uns den Beweis, daß das Ausland vielfach humaner denkt und sich viel mehr die ethischen Lehren des Christentums zu eigen macht als unsere eigenen großkapitalistischen Gesellschaftsschichten. — Wo bleibt aber die deutsche Menschenliebe? Jene, die den Völkermord durch Anrufung Gottes sanktionieren wollten, sehen untätig zu, wie ausländische Helfer, die Kinder, die unschuldig die Not unserer Zeit ertragen müssen, zu schützen bestrebt sind. Die Quäker hegen den Wunsch, die Speisungen nicht mehr in öffentlichen Lokalen, sondern in den einzelnen Schulen fortzusetzen. Die Leute, die dazu beitragen können, mögen diesem Verlangen entsprechen. Auch Ihr, Damen der gebildeten Gesellschaft betätigt Euch im Sinne der wahrhaft christlichen Tat! Laßt es nicht bei dem Lobe der Quäkerspeisungen bewenden, sondern helft selbst! Durch eine solche Unterstützung unserer notleidenden Kinder würdet Ihr in erster Linie zum Wiederaufbau beitragen.

Leißling. Sozialdemokratische Wählerversammlung. Im Bahnhofsrestaurant fand hier eine Wählerversammlung der S. P. D. statt, die für uns einen guten Erfolg hatte. Gen. Bauer aus Merseburg sprach überzeugend über die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen für die arbeitende Klasse. Nur ein Sieg der S. P. D. kann der Bevölkerung in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht Nutzen bringen. Ein kommunistischer Wirrkopf versuchte über eine Stunde lang schon längst ausgedroschene Phrasen und stellte die Geduld der Versammlung auf eine harte Probe. Er wurde von dem Referenten heimgeleuchtet. Mehrere Aufnahmen am Schluß der Versammlung zeigten, daß die hiesige Arbeiterschaft mehr und mehr den Weg zu uns zurückfindet.

Naumburg a. S. Das Wahlbüro der SPD. für unseren Stadt- und Landkreis befindet sich in der Buchhandlung der Marienstraße. Telephon 263. Schriftliche Adresse: Wahlbüro der SPD. Naumburg a. S., Volksbuchhandlung, Marienstraße.

Naumburg a. S. Die Wählerlisten müssen bis zum Sonntag abgeschrieben sein. Alle schreibgewandten Genossen stellen sich dem Genossen Robert Heinemann zur Verfügung, dem die Leitung dieser Arbeit übertragen ist. Genossen, frisch ans Werk!

Elsterwerda. Hungergehälter der Eisenbahnladeschaffner. Die Ladeschaffner sind in die Gruppe III der neuen Besoldungsreform eingereiht. Das ist eine große Härte. Welches Verantwortungsgefühl und welche Tüchtigkeit wird doch von den vielen Ladeschaffnern der Bahnhöfe 2. Klasse, die vielfach über einen Kilometer groß sind, erfordert! Diese Beamten werden mit Hungergehältern von 600 Mark monatlich bezahlt, das sind Stundenlöhne von sage und schreibe 2,70 Mark. Sogar die Betriebszulage wird ihnen versagt. Die Ladeschaffner müssen unter allen Umständen Einsluß in die Gruppe der Lademeister fordern; sie haben mit diesen ja auch die Beschäftigungsart gemeinsam. Eine Beförderung zum Lademeister nach zweijähriger Dienstzeit muß ebenfalls durchgesetzt werden. Die Fachgewerkschaft IV (Eisenbahngehilfen und -gehilfinnen) mit denen der Ladeschaffner vor der Revolution im Gehalt um 180 Mark Stellenzulage höher stand, sind jetzt Betriebsassistenten und stehen in der Gehaltsgruppe IV, dagegen ist der Ladeschaffner immer noch das Ladeschaffner geblieben.

Uebigau. Stadtverordnetensitzung. Unsere letzte Stadtverordnetensitzung stand im Zeichen der herrschenden Defizitwirtschaft. Bei der Wahl des Vorstehers und Schriftführers sowie der Kommissionen wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Da die Armen- und Waisenkommission einen Vertreter unserer Partei nicht besitzt, wurde der Gen. Beyer gewählt. Unter Punkt 3 zeigte sich ein trauriges Bild unserer Stadtsparkasse. Infolge Kursrückganges der angelegten Papiere insbesondere der Kriegsanleihe ergibt sich ein Fehlbetrag von 93 260 Mark. Der Umsatz des Jahres belief sich auf 1 260 000 Mark. Nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten muß das städt. Notgeld bis zum 31. März d. J. aus dem Verkehr gezogen werden. Da die Scheine laut Beschluß der städt. Körperschaften und Aufdruck aber erst mit Ablauf des 31. Dezember ungültig werden, soll um Weiterungen zu vermeiden, die Einlösung bei der Kasse bis zum genannten Termin erfolgen. Unter Punkt 6 wurde einem Antrag der Sparkassenverwaltung, für Spareinlagen tägliche Verzinsung gelten zu lassen, stattgegeben, gegen einen Antrag des Magistrates, die Realsteuern von 250 auf 570 Prozent auszuläßlich 480 Prozent Kreissteuer insgesamt auf 1000 Prozent zu erhöhen, nahmen die Vertreter der Landwirtschaft und des Besitzes aus begreiflichen Gründen scharf Stellung. Gen. Stv. Mannke stellte sich im Prinzip gegen diese Steuer, da sie ohne Zweifel auf die Mieten drücken müsse. Unter Würdigung der außerordentlich schwierigen Finanzlage der Stadt erklärte er jedoch seine Zustimmung. Mit sechs gegen fünf Stimmen gelangte ein Kompromißantrag des Stv. Dröge (Dem.), die Steuer auf 900 Prozent zu erhöhen, zur Annahme. Zur gründlichen Ausarbeitung eines Siedlungsplanes wurde eine Kommission gewählt, in der Gen. Mannke vertreten ist. Zu Beisitzern des Mieteinigungsamts wurden von unserer Partei die Gen. O. Schuht und O. Böhme gewählt. Der Magistrat schlug sodann eine Musikinstrumentensteuer vor. Im Anschluß wurde eine Kommission gewählt, die sich auf die Suche nach neuen Steuern begeben und alsdann einen entsprechenden Entwurf vorlegen soll. Der Gen. Mannke frug an, wann der Magistrat mit dem Holzschlagen im städtischen Forst beginnen will. Es wurde geantwortet, daß es zurzeit an Holzschlägern mangelt. Diesem Mangel muß bald abgeholfen werden.

Falkenberg. Die sozialdemokratischen Kandidaten zur Gemeindevertretung. Eine am Sonntag stattgefundene Mitgliederversammlung unserer Partei, die außerordentlich gut besucht war, nahm Stellung zu dem Rücktritt unserer Gemeindevertreter und der zu erfolgenden Neuwahl. Nach einem umfassenden Referat des Gen. Dietrich wurden die berechtigten Gründe für den Rücktritt einmütig anerkannt. Nach einer sehr anregenden Aussprache wurde folgende Liste aufgestellt. Wolf, Leu, Leu, Tamheyn, Lerch, Beyer, Walter, Hörig, Hermann, Lieske, Konrad, Pietert, Brauner, Kösten, Schumann, Kubisch, Ehrenfurth, Eulitz. — Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde beschlossen, vor allem die Geschäftsleute zu unterstützen, die unserer Bewegung angehören. Während der Versammlung wurde ein drastisches Beispiel der bürgerlichen Wirtschaftsweise gezeigt. Gen. Dietrich teilte mit, daß der bürgerliche Gemeindevorstand beschlossen habe, das der Gemeinde gehörige Holz meistbietend zu verkaufen. Unsere Genossen in der Gemeindevertretung hatten es durchgesetzt, daß dieses Holz zur Taxe verkauft werden sollte. Es wurde beschlossen, die Aktion mit allen Mitteln zu verhindern. Die Falkenberger Einwohnerschaft wird auf diesen Streich am Wahltage die richtige Antwort erteilen.

Wittenberg. Die Praktiken der Steuerhinterzieher. Die Steuerhinterzieher haben schon etwas gelernt. Am Freitag voriger Woche wurde der Kaufmann Kurt Leopold, der in der Collegienstraße eines der bedeutendsten Wittenberger Kolonial-, Delikateß- und Weingeschäfte besitzt, und einen sehr flotten Lebenswandel führt, plötzlich in die Irrenanstalt Nietleben überführt. Diese Tatsache wäre an und für sich nicht auffällig, wenn nicht einige Tage vorher eine größere Weinsteuerhinterziehung in diesem Geschäft aufgedeckt worden wäre. Ein neuer Fortschritt der Steuerhinterzieher, denn warum soll nicht auch einmal eine Steuerhinterziehung in geistiger Umnachtung ausgeführt werden, die letzten Endes strafrei auslaufen kann?

Wittenberg. Genossen kauft bei Euresgleichen! Wir haben dem Genossen Karl Thiele, Wittenberg, Collegienstraße 14 pt., Zigarrengeschäft, unsere Zeitung sowie unsere Zeitschriften zum Verkauf übergeben und bitten alle Genossen, den Genossen Thiele auch bei sonstigem Bedarf zu unterstützen, da es Pflicht der Genossen ist, sich gegenseitig zu helfen.

Torgau. Kreiskonferenz. Am Sonntag, dem 23. d. M., wurde in Torgau eine Kreiskonferenz der S. P. D. abgehalten, welche trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Der Kreisvorsitzende, Gen. Schröder (Torgau), eröffnete die Konferenz um 10½ Uhr und sprach dann über die kommenden Wahlen. In allen Orten soll eine rege Agitation durchgeführt werden. Jeder einzelne Genosse müsse seine volle Pflicht und Schuldigkeit tun. Nach einer regen Aussprache wurde zur Aufstellung der Kandidatenliste zum Kreistage geschritten und folgende Namen fest gesetzt: 1. Schröder, Emil, Zimmerer (Torgau), 2. Steffen, Wilhelm, Lehrer (Schildau), 3. Hennig, Paul, Tischlermeister und Landwirt (Löhsten), 4. Müldner, Hermann, Steinarbeiter und Landwirt (Kobershain), 5. Hegmann, Peter, Werkmeister (Dommitzsch), 6. Schugk, Wilhelm, Maurer (Dautzschen), 7. Malsch, Gustav, Gärtner und Häusler (Döbrichau), 8. Brauer, Karl, Maurer (Belgern), 9. Süptitz, Otto Kriegsbeschädigter (Ober-Audenhain), 10. Süß, Franz, Buchbinder (Torgau), 11. Klemm, Otto, Gastwirt (Schildau), 12. Ehrenpfordt, Otto, Postschaffner (Dommitzsch), 13. Unger, Adolf, Schriftsetzer (Torgau), 14. Giebo, Richard, Schachtmeister (Schildau), 15. Wolfsteller, Richard, Kaufmann (Dommitzsch), 16. Stedel-Menzel, Eugen, Geschäftsführer (Torgau), 17. Franke, Wilhelm, Steinarbeiter und Landwirt (Krostitzsch), 18. Sehmisch, Robert, Gemeindevorsteher (Jülsdorf), 19. Krause, Richard, Steinarbeiter (Kobershain), 20. Pfitzner, Max, Arbeiter (Sitzenroda), 21. Hemnel, Albin, Steinarbeiter (Schildau), 22. Keibola, Paul, Postschaffner (Torgau). Es wurden dann eine ganze Reihe von Versammlungen festgelegt. Die Referenten soll der Kreisvorsitzende anfordern. Es wurde zur Pflicht gemacht, daß alle Orte gründlich mit Stimmzetteln und Flugblättern bearbeitet werden müssen. Auf keinem Ort darf am Tage der Wahl der Stimmzettelverteiler fehlen.

Kreischau. Oeffentliche Wählerversammlung der S. P. D. Sonntag sprach in einer öffentlichen Wählerversammlung Gen. Krüger über die kommenden Wahlen. In ausgezeichneten Ausführungen streifte er die Tätigkeit der alten preußischen Landesversammlung und deren fruchtbringenden gesetzgeberischen Schöpfungen. Scharf rechnete er mit der sabotierenden Arbeit der Rechtsparteien ab, die mit den Kommunisten sehr oft Arm in Arm gingen. Er streifte die noch zu erledigenden Arbeiten und ging dann auf die Tätigkeit in den Provinziallandtagen und Kreistagen über, um mit einem Appell an die Wähler zu schließen, der zur regen Mitarbeit im Interesse des Sozialismus durch die Demokraten aufforderte. In der Diskussion sprach der Unabhängige Elle und die Kommunisten Lindisch und Eigenwillig. Sie bemühten sich trotz der bekannten „Klassenkampf"-zitate sachlich zu bleiben. Gen. Krüger stellte im Schlußwort mehrere Schiefheiten richtig. Gen. Rucke schloß die Versammlung mit der Aufforderung, am 20. Februar sozialdemokratische Stimmzettel abzugeben, sowie für die Partei und die „Volksstimme" zu agitieren.

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Gerstenmehl in der Talamtschule am Donnerstag, den 27. Januar. Gegen Vorlage der Lebensmittelscheine werden an die Inhaber der Nummern von 57 001 bis 62 500 vormittags von 8 bis 12 und 62 501 bis 69 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr für Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute von 70 Jahren an ein Paket Gerstenmehl zu 1,10 Mk. und für Kinder bis zu sechs Jahren ½ Pfund Weizengrieß und zwei Pakete Milchsüßspeise für zusammen 2,05 Mk. abgegeben.

Städt. Verkauf von Käse in der Talamtschule am Donnerstag, den 27. Januar, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 67 001 bis 69 500 vormittags von 8 bis 12 und nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise 1,— Mk. abgegeben.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen aus dem Verbreitungsbezirk angekündigt werden.

Bitterfeld. Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" **Mitgliederversammlung.** Genossinnen und Genossen erscheint, es gilt die Wahlarbeiten vorzubereiten. Der Vorstand.

Freier Sängerchor Halle 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden", Martinstr.: **Uebungsstunde.** Freitag, abend

Der Vorstand.

Groß-Möhlau. Sonntag den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthof zu Groß-Möhlau eine öffentliche Versammlung der S.P.D. statt. Genosse Herzig-Halle spricht über die politische Lage und die kommenden Wahlen. Herr Rechtsanwalt Neumann-Halle wird einige Anregungen zu dem Neubau der Gemeindehalle geben. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen der hiesigen Arbeiterschaft unbedingt Pflicht.

Der Vorstand.

Schkona. Mitgliederversammlung der S.P.D. Sonntag, den 30. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr findet, im Gasthof zu Schkona eine außerordentlich wichtige, öffentliche Mitgliederversammlung der S.P.D. statt.

Der Parteisekretär Genosse Flücht-Halle spricht über den Aufbau und Ausbau einer Parteiorganisation am Ort. Unser Bezirkskassierer spricht über Kassenwesen. Es erfolgt dann die Neuwahl des gesamten Vorstandes. Genossinnen und Genossen, erscheint geschlossen in dieser Versammlung und zeigt für rege Teilnahme.

Der Vorstand.

Bad Kösen. Heute, Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr, findet hier im Saale des Restaurants „Zur Post" eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Die kommenden Wahlen. Genossen, agitiert für lebhaften Besuch.

Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210126-19/fragment/page=0006